

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 3,40 RM, monatlich 1,20 RM.
 Post und Transportkosten abgesehen.
 Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postzeitung:
 monatlich vom Postträger abzugeben
 1,20 RM, vom Postträger im Haus ge-
 bracht 1,30 RM. Unter Bezugnahme für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4.- RM. für das übrige Ausland
 6,50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 2.- RM.
 Bestellungen nehmen an: Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetroffen in die
 Postanstalt Berlin.
 Vertrieb: täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die feinsten Anzeigenkolonnen
 50 Wg. „Kleine Anzeigen“, das
 feinstbedruckte Blatt 30 Wg. (täglich
 2 feinstbedruckte Blätter), jedes weitere
 Blatt 15 Wg. Stellenanzeigen und
 Geschäftsangelegenheiten das erste Blatt
 20 Wg., jedes weitere Blatt 10 Wg.
 Kleinanzeigen 15 Wg. Buchanzeigen zahlen für
 zwei Blätter 15 Wg. (Tagesanzeiger 20%).
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Anzeigen, Anzeigen
 70 Wg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 1. November 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Graf Tisza erschossen.

Waffenstillstand mit der Türkei. — Oesterreichisch-italienische Verhandlungen.

Budapest, 31. Oktober. (Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros.) Graf Stephan Tisza ist das Opfer eines Attentats geworden. Auf einem Spaziergang mit einer Verwandten in der Herminenstraße wurde er von Soldaten durch Revolvergeschüsse getötet. Die Begleiterin ist angeblich verwundet.

Graf Stephan Tisza hat den Weltkrieg, an dessen Ausbruch er ein gut Stück Mitschuld trug, nicht überlebt. Ungarischer Ministerpräsident im Jahre 1914, war er der Träger einer rücksichtslos magyarischen Gewaltpolitik gegen die Südslawen gewesen. Die agrarische Schutzpolitik Ungarns verschärfte den Konflikt, der in der Ermordung des österreichischen Thronfolgers seinen Höhepunkt fand. Von diesem Tage ab war Tisza hauptsächlich Träger des Gedankens, daß nur ein Krieg das alte Österreich mit seinem deutsch-magyarischen Herrschaftsbesitz retten könnte. Mit dem Niedergang des Kriegsglücks sank auch die einflussreiche Macht des Chefs der sogenannten „Arbeitspartei“, deren schärfster Gegner der jetzt zur Herrschaft gelangte Graf Karolyi gewesen ist. Tisza begann in starken Tönen den Verstandigungsfrieden zu predigen, und gab schließlich in seiner letzten Rede mit der Offenheit, die ihm stets eigentümlich war, zu, daß dieser Krieg verloren sei. Er hat den verlorenen Krieg nicht überleben sollen, und mit der magyarischen Gewaltpolitik sank auch ihr willensstärkster Vertreter ins Grab.

Tisza war im Jahre 1861 als Sohn des berühmten ungarischen Ministerpräsidenten Koloman Tisza geboren, war 1886 zum erstenmal in den ungarischen Reichstag gewählt worden und bekleidete seitdem wiederholt das Amt des ungarischen Ministerpräsidenten. Seine letzte Ministerpräsidentschaft erdete im Jahre 1917 aus Anlaß der Wahlreform, die die Krone durchsetzen wollte, der aber Tisza Widerstand leistete.

Tisza war schon einmal das Ziel eines Attentats. Im Jahre 1912 schloß der radikale Abg. Kobacz im offenen Reichstag auf ihn, verfehlte aber sein Ziel. Tisza bewies damals große Kaltblütigkeit. Jetzt scheint der persönliche Mut, mit dem er sich in so bewegter Zeit mitten unter das Volk wagte, den Attentätern die Arbeit erleichtert zu haben.

Der Waffenstillstand der Türkei abgeschlossen.

London, 30. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die türkische Regierung dem Waffenstillstand zugestimmt hat.

London, 31. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt, daß der Waffenstillstand mit der Türkei am 31. Oktober mittags unterzeichnet wurde.

Wolffs Bureau bemerkt dazu: Die Tatsache ist nicht abgeschlossen, eine amtliche Bestätigung liegt aber bisher nicht vor.

Das Gerannachen des Ereignisses wurde durch folgende Meldung vorbereitet:

Konstantinopel, 30. Oktober. Agentur Wolff meldet: In Ergänzung der bis jetzt von der Regierung auf verschiedene Art eingeleiteten Verhandlungen mit der Entente sind der Marineminister Kous Bey, der Unterstaatssekretär im Kante für auswärtige Angelegenheiten Reschad Hilmet Bey und der Chef des Generalstabes der 8. Armee Sadullah Bey Donnerstagsabend von Konstantinopel auf dem Seewege mit dem Austrage abgereist, die Verhandlungen zu führen. Nach ihrer Ankunft an dem Bestimmungsorte haben sie die Verhandlungen angesetzt.

Ueberraschend schnell sind diese Verhandlungen zum Abschluß gelangt. Man wird daraus den Schluß ziehen dürfen, daß sie gleich den Verhandlungen mit Bulgarien mit der Kapitulation endeten.

Volksrepublik in Bulgarien.

Voris abgedankt.

Die bulgarische Gesandtschaft in Sofia erhielt aus Sofia über Konstantinopel folgende Drahtung:

Am 25. Oktober wurde in Gegenwart einer zahlreichen Menge in der alten Hauptstadt des Landes, Tirnowo, die bulgarische Volksrepublik proklamiert. König Boris verzichtete auf den Thron. An die Spitze des Staates hat sich der Regentchaftsrat gestellt. Die Leitung der Bewegung liegt in den Händen des Führers der Bauernpartei, Stambulski. Ein Heer von 40 000 Mann Stärke hat sich zu ihm geschlagen.

Hefige französische Angriffe südlich der Dife: Panzerwagen-Schlacht östlich Sandisay — Starke Angriffe bei Herby.

Berlin, 31. Oktober 1918, abends. Amtlich.

Erneute Kämpfe in Flandern. Feindliche Angriffe von der holländischen Grenze bis zur Schelde sind vor der Ys-Front gescheitert; zwischen der Deince und der Schelde brachten wir den Feind, der an einzelnen Stellen in unsere Linien einbrang, sehr bald zum Stehen.

Auf den Wisne-Höhen nordwestlich von Chateau-Portien wurden heftige Angriffe der Franzosen abgewiesen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 31. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Geeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei Somergem an der Ys wurde ein Teilangriff der Belgier abgewiesen. Südlich der Schelde und am Walde von Normal zeitweilig Artilleriekampf und kleinere Infanteriegefechte.

Geeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Ein feindlicher Angriff gegen den Kanalabschnitt südlich von Gatillon scheiterte. Südlich der Dife wiesen wir am frühen Morgen heftige Angriffe der Franzosen ab. Ostlich von Sandisay zeichnete sich hierbei das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 270 besonders aus. Auch die bis zum Abend noch erneuter Feuerwirkung und unter Einsatz zahlreicher Panzerwagen mehrfach wiederholten feindlichen Angriffe scheiterten. Wo es dem Gegner gelang, vorübergehend in unseren Linien Fuß zu fassen, warfen ihn unsere Gegenstände wieder zurück. An der erfolgreichen Abwehr der Panzerwagen haben die 2. Kompanie Infanterie-Regiments Nr. 444, die Minenwerferkompanien 464 und 465, das Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 1 (von ihm der Unteroffizier Kolosoff der 4. Batterie) und Vizefeldwebel Hornstein der 2. Batterie Reserve-Feldartillerie-Regiments Nr. 57 besonderen Anteil. Auf dem Kampffeld zwischen Rigny le Comte und der Wisne blieb die Artillerietätigkeit lebhaft. Nordwestlich von Herby wurden am Abend erneute starke Angriffe des Gegners abgewiesen.

Geeresgruppe Gallwitz.

Auf beiden Maasufsen nahm die Artillerietätigkeit zu.

Die Fliegerfähigkeit war gestern besonders reger. Wir schossen 58 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab. Leutnant Doerr erang seinen 35., Oberleutnant Auffarth seinen 30. und Leutnant v. Gantelmann seinen 25. Luftflieger.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Oesterreichisch-italienische Waffenstillstands-Verhandlungen.

Wien, 30. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

Das Oberkommando hat bereits am 29. Oktober früh durch einen Parlamentär die Verbindung mit der italienischen Geeresleitung hergestellt. Es sollte kein Mittel zur Vermeidung weiterer unnötiger Blutopfer zur Einstellung der Feindseligkeiten und zum Abschluß eines Waffenstillstandes unversucht bleiben. Das italienische Oberkommando hat gegen diesen von den besten Absichten geleiteten Schritt zuerst eine unvertretbare ablehnende Haltung eingenommen. Erst am 30. Oktober abends konnte der General der Infanterie v. Weber mit einer Abordnung im Einverständnis mit dem italienischen Oberkommando die Gespräche zur Einleitung von Verhandlungen überschreiten. Wenn demnach auf dem italienischen Kriegsschauplatz Kriegsgrenzen ihre Fortsetzung finden, müssen die Schuld und die Verantwortung lediglich auf Rechnung unserer Feinde geschrieben werden.

Der Chef des Generalstabes.

Wilson antwortet Oesterreich.

Washington, 30. Oktober. Wie die Associated Press erfährt, entwirft Wilson eine Antwort an Oesterreich, die möglicherweise heute abend veröffentlicht werden wird. Man erwartet, daß die Antwort sich auf den Vorschlag der Annahme aller Bedingungen einschließlich der höchsten Unabhängigkeit der unterdrückten Nationalitäten stellen wird. Oesterreichs Ersuchen wird den Alliierten überwiesen werden.

Um die Freiheit!

Inschriften von Richard Gädke und Wolfgang Heine.

Durch die neue Bestimmung, daß alle Ernennungen, Beförderungen, Versetzungen und Verabschiedungen der Offiziere und Beamten der Marine unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers, bei den Kontingenten des Heeres unter Gegenzeichnung der betreffenden Kriegsminister zu erfolgen haben, die ihrerseits dem Reichstage verantwortlich sind, ist die stärkste Säule des Militarismus und des Absolutismus gefallen.

Denn die Kommandogewalt des Kaisers war durchaus keine rein militärische Angelegenheit, wie ihre heißblütigen Verfechter behaupten, sondern sie war zugleich eine politische Waffe, um die Macht der Krone ungeachtet der Verfassung möglichst weit in das bürgerliche Leben auszuweiten und einen immer größeren Kreis von Abhängigkeiten zu schaffen. Sie wurde bevorzugterweise dazu verwendet, um ohne Verfassungsbruch dem Absolutismus wieder Raum zu gewinnen, die bürgerliche und gesetzliche Freiheit soweit wie möglich unter den militärischen Befehl und das Outfinden der Militärbehörden zu beugen. Diesem Zwecke diente auch die Auflösung des Militärkabinetts von der Unterstellung unter das Kriegsministerium. Sie ist durchaus nicht alten Rechts in Preußen, sondern erst mitten im Verfassungsstaate durch die Kabinettsorder von 1861 erfolgt. Diese war verfassungswidrig und ist darum auch jahrelang geheimgehalten worden; sie war ferner in ihren Ausdrücken und Bestimmungen so zweideutig und absichtlich unklar, daß man sie ganz harmlos erklären und doch in jedem Augenblicke benutzen konnte, um jede Anordnung des Kaisers, die irgendwie mit dem Heere zusammenhing, der Gegenzeichnung des Kriegsministers und damit der parlamentarischen Einwirkung zu entziehen.

Dem Absolutismus kam dann noch die Bestimmung der preussischen Verfassung entgegen, die alle Anordnungen der Behörden, soweit sie in formell gültigen Formen ergangen waren, der Nachprüfung der Gerichte auf ihre Rechtmäßigkeit entzogen. Unter dem Schirme dieser Verhältnisse wurden auch die Verordnungen über die Ehrengerichte einseitig von der Krone geändert und ebenfalls zunächst geheimgehalten; auch ihre Bestimmungen waren so dehnbar, entbehrten so sehr der klaren Fassung und Beschränkung, beraubten die ihr Unterworfenen derart jeden Rechtschutzes, daß sie der militärischen Willkür und den Uebergriffen der Kommandogewalt jede, auch die undenkbare Möglichkeit boten, jede politische Ueberzeugung, jede staatsbürgerliche Handlung, die den Herrschenden nicht genehm war, zu verurteilen und strafen konnte. Damit war der Kreis geschlossen. Je mehr die Wehrmacht des Reiches sich ausdehnte, je größer die Zahl der Reserveoffiziere, der Landwehroffiziere, der Verabschiedeten wurde, um so ausgedehnter auch der Kreis der Abhängigkeiten; für gewisse Laufbahnen war die Eigenschaft als Reserveoffizier, wenn nicht rechtlich, so doch tatsächlich geradezu Bedingung. So befam man das Beamtenamt in einflussreichen Stellungen noch fester in die Hand der Kommandogewalt. Das gesellschaftliche Ansehen, das der Offizier des Beurkundtenstandes genoss, ließ sündhafte Kreise der Bevölkerung sich freiwillig in die politische Anechtung, in die moralische Abhängigkeit begeben.

Man weiß, wie dieses militärische Regierungssystem zu arbeiten verstand; stilles und politische Ueberzeugungen wurden unter die Aufsicht der Bezirkskommandeure, die eine der solidesten Stützen des Militarismus wurden, und unter die der kommandierenden Generale sowie des Militärkabinetts gestellt, das seinerseits autoritativ im Namen des Kaisers regierte. Gegner des Duellzwanges wurden ehrengerichtlich entfernt, unbecommene Zeitungsartikel gegen den klaren Wortlaut der Verfassung durch Entziehung der selbständigen Charaktere bestraft, ein Vizepräsident des Reichstages wegen seiner Äußerungen als Abgeordneter bedroht, bis er sich fügte, bestimmte politische Parteien entredet, die Aufforderung zur Wahl eines Sozialdemokraten an dem Vorwärtigen geahndet. Unendliches Unrecht, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ist auf diesem Wege geschehen, der Mißbrauch der Kommandogewalt hat das ganze System besetzt. Eine Sorge der neuen demokratischen Regierung wird es sein müssen, verjährtes Unrecht abzustellen und den Opfern des Militarismus noch nachträglich zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Die Verantwortlichkeit des Kriegsministers hat die Wiederunterstellung des Militärkabinetts unter das Ministerium zur selbstverständlichen Folge; sie würde sonst ein toter Buchstabe und ein Blatt Papier bleiben. Freilich fehlt noch etwas, um

sie völlig wirksam zu machen. Der Reichskanzler muß jetzt gehen, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Reichstages hat; das sichert auch die Unterstellung des Marinekabinetts. Für die vier einzelstaatlichen Kriegsmilitärminister aber fehlt eine entsprechende Bestimmung; sie brauchen nach dem formalen Rechte ihren Platz nicht zu verlassen, wenn ihnen der Reichstag sein Vertrauen entzieht. Er könnte höchstens den Militäretat ablehnen und dazu wird man sich nicht leicht entschließen.

Um so nötiger ist ein Verantwortlichkeitsgesetz, das den Reichskanzler, seine Stellvertreter und die Kriegsminister der Kontingente betrifft. Vielleicht braucht es nie angewandt zu werden, aber sein Dasein allein ist eine scharfe Waffe, die die Macht des Reichstages verstärkt. Man sollte das Gien schmieden, solange es warm ist und es sobald als möglich verabschieden. Richard Gädte.

Vor acht Tagen hat das Verbot der Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft einen Sturm im Reichstage erregt. Der Staatssekretär Trimborn hat sich aufs schärfste gegen die Urheber des Verbots ausgesprochen und sofortige Abhilfe zugezogen. Damals ist tatsächlich von der Regierung beschlossen worden, daß die sämtlichen bisher erlassenen Zensurverbote gegen Druckarbeiten aufgehoben werden, und es sind neue Grundzüge für die Handhabung der Zensur, die sich im wesentlichen den Beschlüssen des Reichstages vom Sommer 1917 anschließen, aufgestellt worden. Danach soll die Zensur beschränkt werden auf Mitteilungen, die aus militärischen oder diplomatischen Gründen geheimgehalten werden müssen.

Auch für Versammlungen sind neue Richtlinien festgestellt worden, wodurch den Militärbehörden die einseitige Entscheidung entzogen ist. Gleichzeitig hat sich der preussische Minister des Innern für seinen Bezirk die Entscheidung bei etwaigen Versammlungsverboten vorbehalten. Trotzdem hat unmittelbar darauf das Verbot einer Versammlung der Zentrale für Völkerrrecht berechtigte Entrüstung erregt. Die Polizeibehörden wissen offenbar noch nichts von den neuen Beschlüssen der Regierung. Diese sind auch noch nicht veröffentlicht worden. Wie lange will man warten? — Sieht man nicht, daß jeder derartige Vorfall die Stellung der Volksregierung schwächt? — Auf der Stelle muß die Aufhebung der früheren Zensur- und Versammlungsverbote öffentlich verkündet werden und sämtlichen Polizeibehörden telegraphisch zugehen.

Diese Beschlüsse scheinen aber überhaupt nicht ausreichend. Die Grenzlinien, die der Reichstag für die Zensur 1917 ziehen wollte und die damals einen großen Fortschritt bedeutet haben würden, können heute den berechtigten Ansprüchen nach Freiheit des Wortes so wenig genügen, wie die Verbesserung des Verwaltungsverfahrens. Außerdem aber haben die Generalkommandos neben den allgemeinen Verordnungen noch besondere Befehle erlassen, z. B. den meisten friedensfreundlichen Organisationen die Abhaltung von Versammlungen oder jede öffentliche Tätigkeit überhaupt verboten. Dem Hund Neues Vaterland ist sogar jede private Tätigkeit untersagt worden. Alle diese Spezialverbote bestehen anscheinend trotz der neuen allgemeinen Anordnungen formell noch zu Recht. Die Polizeibeamten haben deshalb vielleicht gar nicht anders handeln können, als die Versammlungen zu verhindern. Es ist nicht einmal sicher, ob die allgemeinen militärischen Verordnungen über Versammlungen glatt aufgehoben sein sollen. Verboten wird, daß die militärischen Theaterverbote nicht von der Aufhebung der Zensurverbote berührt werden. In Berlin ist der Generalintendant der königlichen Theater als Weirat für das Oberkommando in den Marken tätig, so daß der unerhörte Zustand geschaffen ist, daß ein Konkurrent über die anderen Konkurrenten zum Richter gesetzt wird. Man verspricht zwar in allen diesen Dingen weiteres Entgegenkommen. Das kann aber nicht genügen, sondern es muß sofort das geistige und politische Leben von den militärischen Maßregeln befreit werden. Spezialanordnungen bestehen auch noch in den verschiedensten anderen Richtungen. Noch befinden sich Leute in Schubhaft, die weiter nichts getan haben, als vom christlich-religiösen Standpunkt aus den Frieden zu predigen.

Man könnte daran denken, sämtliche Erlasse der Generalkommandos als aufgehoben zu erklären. Darunter befindet sich aber eine Anzahl von Bestimmungen, die sich auf die Regulierung des wirtschaftlichen Lebens beziehen und nicht ohne weiteres und ohne sorgfältige Prüfung ihrer Notwendigkeit und Wirkung mit einem Federstrich beseitigt werden können. Es bleibt deshalb nichts weiter übrig, als daß so schnell wie möglich die Regierung eine Kommission beruft, deren Aufgabe ist, die erlassenen Verfügungen von Amts wegen zu prüfen und alles nicht Notwendige und Schädliche zu beseitigen.

Eine offiziöse Zeitungsnotiz weist das Publikum darauf hin, daß Anträge in Zensurfragen nicht an den Reichskanzler, sondern an den zuständigen Militärbefehlshaber gerichtet werden sollten. Es trifft zu, daß sie von diesem schließlich im Besonderen an den Reichskanzler kommen. Man kann aber nicht verlangen, daß die Betroffenen erst diesen Passionsweg durch die militärischen Instanzen hindurch antreten. Wir wissen, in wie unerhörter Weise die Zensurangelegenheiten verwickelt worden sind, wie über die Freigabe von Büchern viele Monate, oft Jahr und Tag lang kein Verdict erteilt worden ist. Wir haben nicht den geringsten Grund anzunehmen, daß die Herren jetzt, wo ihre Macht gebrochen werden soll, bereitwillig und schnell selber die Hand dazu bieten würden. Nicht von unten her, sondern sofort von oben herab müssen diese Auswüchse des Belagerungsstandes beseitigt werden, wenn nicht das Vertrauen zu der Volksregierung empfindlich leiden soll.

Wolfgang Heine.

Der nächste Schritt.

Beginn wichtiger Besprechungen in Paris.

Washington, 31. Oktober. (Reuter.) Die letzte deutsche Note ist dem Staatsdepartement förmlich übergeben worden. Es wird gesagt, daß sie nichts an der Lage ändert. Man erwartet, daß der nächste Schritt in der Bekannmachung der Waffenstillstandsbedingungen seitens der verbündeten Hauptmächte an die Kriegsführenden bestehen wird.

London, 30. Oktober. Reuter erfährt: Nachdem Präsident Wilson die weitere Korrespondenz mit Deutschland den alliierten Regierungen übertragen hat, damit diese ihre Ansichten zum Ausdruck bringen, liegt das politische Schwergewicht da, wo die Staatsmänner der assoziierten Regierungen über die Lage beraten. Es wäre unaußg, nicht sämtliche Maßnahmen und daraus gezogenen Schlussfolgerungen zu viel Beachtung zu

schenken. Auf jeden Fall darf bestimmt darauf gerechnet werden, daß die versammelten Staatsmänner der Alliierten sich auf solche Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland, Oesterreich und die Türkei einigen werden, die, wenn sie angenommen werden, jede Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch den Gegner unmöglich machen. Es darf auch erwartet werden, daß die Waffenstillstandsbedingungen die unmitttelbare Heimsendung aller britischen Kriegsgefangenen vorsehen werden. Wenn man die militärische Lage Deutschlands einerseits und die Oesterreichs und der Türkei andererseits vergleicht, ist es klar, daß die beiden letztgenannten Staaten vernünftigerweise keine günstigere Behandlung erwarten dürfen, als die, die Bulgarien zuteil wurde.

London, 31. Oktober. (Reuter.) Es wird mitgeteilt, daß eine Entwicklung in der Friedensfrage nicht eingetreten ist. Die Besprechungen, die in Paris stattgefunden haben, waren ihrer Art nach vorläufige Besprechungen und die wichtigeren beginnen erst jetzt. Um bei diesen zugegen zu sein, ist auch Bonar Law zu den übrigen englischen Vertretern hinzutreten. Der Schatzkanzler kam erst heute in Paris an. Vielleicht wird Ende der Woche irgend eine Mitteilung in

Paris veröffentlicht werden, welche über die Haltung der Alliierten gegenüber den deutschen Waffenstillstandsvorschlägen einigen Aufschluß geben wird. Bis dahin ist eine wesentliche Aenderung der Lage überhaupt nicht wahrscheinlich.

Paris, 31. Oktober. Reuter zufolge schreibt die „Times“: Wenn Deutschösterreich in den Waffenstillstand eingeschlossen werden will, so muß das zu Bedingungen geschehen, die uns die Freiheit lassen, das österreichische Gebiet militärisch auszunutzen, wie es uns zweckmäßig erscheint.

Dennoch deutsche Zwangsmaßnahmen gegen belgische Wehrpflichtige?

Wolffs Bureau hat folgendes mitzuteilen: Da ein Teil der zurückgeführten belgischen Wehrpflichtigen versucht, sich mit Gewalt dem Befehl der Räumung zu widersetzen, werden die deutschen Militärbehörden voraussichtlich in Härte gezwungen sein, die Befolgung ihrer Befehle energisch durchzusetzen, da die militärischen Operationen dies unbedingt notwendig machen. Es wäre zu bedauern, wenn eine Verzögerung der Antwort der belgischen und französischen Regierung derartige Zwangsmaßnahmen unabwendbar machen würden.

Von deutscher Seite ist bekanntlich der Vorschlag ergangen, daß Frankreich und Belgien die Wehrpflichtigen durch die Zuführung, sie nicht militärisch gegen Deutschland verwenden zu wollen, vor der Wegführung, die völkerrechtlich zulässig ist, bewahren sollen.

Berlin, 31. Oktober. Mit der zunehmenden Hoffnung auf Befreiung von der deutschen Herrschaft mehren sich die Fälle, daß belgische Zivilbevölkerung wie am Anfang des Krieges sich an Kampfbereitungen beteiligt. In verschiedenen Gegenden wurden Störungen von Fernsprecheinrichtungen festgestellt und auch Zivilisten beim Durchschneiden von Drähten betroffen. An der Donau-Kortrail-Audenarde wurden an der Spitze der feindlichen Schützengruppen belgische mit deutschen Stahlhelmen ausgerüstete Zivilisten beobachtet. Beim Zurückgehen auf die Scheidestellungen zeigten Zivilisten dem Feind unsere Postenaufstellungen. Selbstverständlich wurden sie unferretzt, wie dies beobachtet wurde, beschossen.

Sturmtage in Oesterreich-Ungarn.

Die Auflösung Oesterreich-Ungarns schreitet mit Riesenschritten vor sich. Die Uebernahme der Verwaltung und der Militärgewalt durch die nationalen Staaten geht weiter. Kein Mensch kümmert sich mehr um den österreichischen Ministerpräsidenten Lammasch und den Minister Andrássy. Sie sind in der Verleugung verdammt, aus der sie höchstens die Entente holen könnte, um ein nach ihren Rezepten zusammengelastetes Oesterreich gegen die Deutschösterreicher und gegen das deutsche Volk überhaupt aufzustellen. Damit wäre schließlich auch der Zweck erreicht, den die üble Sonderfriedensnote vom Sonntag mit brutaler Offenherzigkeit angestrebt hat. Man weiß nicht einmal genau, wo der Kaiser steht. Man vermutet ihn in dem Sommerdörfchen Gödöllö, in der Nähe Budapests, wohin er nebst Frau und Kind sechzehn Wagen mit Hausgerät aus Wien entführt hat. Auch die Schätze der kaiserlichen Schatzkammer soll er als fürsorglicher Familienvater mitgenommen haben.

Daß aber auch der ungarische Boden verdammt heiß werden kann, zeigt der Ausbruch der Revolution in Budapest, die uns heute sozusagen offiziell angekündigt worden ist. Der Präsident des ungarischen Nationalrats, der vielgenannte Graf Michael Karolyi, sendet uns folgendes Telegramm:

„Vorwärts“, Berlin.

Budapest, 31. Oktober. In Budapest Revolution. Nationalrat hat Regierung übernommen. Garnison und Polizei anerkennt vollständig Nationalrat. Bevölkerung jubelt. Graf Michael Karolyi, Präsident des Nationalrats.

Leider ist die Situation in Ungarn noch ziemlich undurchsichtig. Die alten Parteien haben abgewirkt, sind von der Revolution mit Schimpf und Schande auseinandergetrieben worden. Aber wie sich die neuen Führer der magyarischen Nation ihre Stellung zu den übrigen Völkern des ehemaligen Oesterreich-Ungarns und zu einem demokratischen Deutschland denken, ist noch nicht klar. Sie haben eine vollständige geistige politische Neuorientierung, eine grundsätzliche Abkehr von der Vergangenheit vor sich — eine Aufgabe, die angesichts der isolierten Lage des magyarischen Volkes inmitten der slavischen Nationen und der Rumänen, ohne direkten Zugang zum Meere, wirklich recht schwierig ist. Naturgemäß muß sich in einer solchen Situation der Glaube und die Hoffnung auf eine brüderliche Vereinigung der Völker zum gemeinsamen Besten verstärken. Aus dieser Stimmung ist wohl auch das Angebot des Grafen Karolyi zu verstehen, nach Deutschösterreich Lebensmittel zu liefern.

Der ungarische Nationalrat hat folgenden Beschluß gefaßt: Geleitet von jener brüderlichen Liebe, die in der jetzt neu entstehenden

neuen Weltordnung alle demokratisch gesinnten Völker miteinander verbinden muß, wird der ungarische Nationalrat sein Möglichstes tun, um dem deutschen Volke in Oesterreich in seiner Lebensnotlage nach Kräften zu helfen. Solange die ungarische feudale Regierung einer reaktionären österreichischen Regierung gegenübersteht, mußte allerdings die ungarische Demokratie gegen jedwede Ausfuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich sein, weil sie der Ueberzeugung war, daß die ungarische Regierung, unbekümmert um die Bedürfnisse ihres eigenen Landes, die Ausfuhr von Lebensmitteln gestattet, nur um hiermit ihre Machtposition in Wien zu stärken.

Offentlich erfreuen sich die hungernden Wiener bald der ungarischen Hilfe.

In Wien ist es zu großen Demonstrationen gekommen, die einen ausgesprochen antidychnastischen Einschlag annahmen. Unser Wiener Berichterstatter drahtet uns:

Wien, 30. Oktober. (Gg. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute war ein Tag großer Ereignisse. Die Nationalversammlung beschloß, die Note an Wilson abzulehnen, und hielt eine Debatte über die auswärtige Politik Deutschösterreichs ab, wobei Ellenbogen mit besonderer Wucht unter allgemeinem Beifall erklärte, daß sich das deutsche Volk nicht für dynastische Interessen opfern werde und deshalb die Andrássy-Note ablehne. Die beste Antwort sei die Konstituierung der deutschen Republik. Während der Debatte sammelte sich draußen vor dem Landhaus eine große Menge zuerst deutsch-nationaler Studenten an, worunter sich auch viele Offiziere befanden. Stürmische Hochrufe auf die Republik wurden ausgesprochen. Allmählich wuchs auch die Zahl der Arbeiter an, welche rote Fahnen trugen. Sozialdemokratische Abgeordnete sprachen vom Balkon unter lebhaftem Beifall für die Republik. Der Bürgermeister Weiskirchner, der auch sprechen wollte, wurde trotz der Verwendung sozialdemokratischer Abgeordneter daran verhindert. In der Menge befanden sich auch viele Soldaten und Offiziere mit schwarz-rot-goldenen Kokarden. Später rückten 4000 Soldaten an, die sich auf der Mariahilfsstraße gesammelt hatten, und schickten

eine Deputation von 5 Offizieren und 5 Soldaten

ins Landhaus, die sich der Nationalversammlung zur Verfügung stellten und die Errichtung einer deutsch-österreichischen Armee verlangten. Vom Balkon hielt Abg. Glöckel eine Ansprache an die Brüder im Waffentod. Er erklärte, daß die Abordnung als provisorische Soldatenvertretung angesehen werde und daß Soljorge für eine definitive Verbindung zwischen Armee und Volk getroffen werde. Der Staatsrat hat einen Aufruf an das deutsche Volk erlassen, in dem die bevorstehende Uebernahme der Verwaltung und des Befehls über die Truppen angekündigt wird.

Das erste Ministerium Deutschösterreichs hat sich gebildet. Minister des Inneren ist der greise Führer der österreichischen Sozialdemokratie Dr. Viktor Adler.

Die österreichische Flotte hat aufgehört zu bestehen. Sie ist in das Eigentum des südslawischen Staates übergegangen, wobei für die anderen Nationen ein — recht dubioses — Recht auf Abfindung vorbehalten wurde. Das R. u. K. Kriegsmuseum, Marinektion, teilt mit:

Auf allerhöchsten Auftrag wird verfügt: Allen Mannschaften, welche nicht der südslawischen Nationalität angehören, kann auf Verlangen die Heimkehr bei gleichzeitiger dauernder Beurteilung gestattet werden. Die Flotte, Marineanstalten und sonstiges Marineigentum werden dem südslawischen Nationalrat in Ugram im Wege des letzten Aufschusses in Pola sukzessive übergeben. Von den übergehenden I. u. L. Behörden und Kommandos ist die Geltendmachung des Eigentumsrechtes der nicht südslawischen Staaten resp. Nationen zwecks späterer Abfindung protokollierend vorzubehalten. Da ein Plagenwechsel aus internationalen Gründen nicht sofort durchführbar ist, wäre nach Uebergabe an den südslawischen Nationalrat der Führung nationaler Abzeichen neben der Kriegsfahne kein Hindernis in den Weg zu legen. Dem gesamten Stabe steht es frei, auf den Einheiten der Flotte und bei den Behörden nach ordnungsmäßiger Uebergabe an den südslawischen Nationalrat weiter dienstlich zu verbleiben. Im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung und Erhaltung des Marineigentums hat das Kommando und das Kriegsmuseum, Marinektion, auf den sukzessiven Abgang der verantwortlichen Stellvertreter entsprechenden Einfluß zu nehmen. Dem Kriegsmuseum, Marinektion, wird ein Vertreter mit dem südslawischen Nationalrat in Ugram wegen Festsetzung weiterer Details direkt in Verbindung treten. Die I. u. L. Marinebehörden und Kommandos haben für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und die Regelung des Abtransportes weiter Sorge zu tragen. In das Donau-Flottillenkommando ergibt Ueberbied der Auftrag, bei Uebergabe der Donau-Flottille an die königlich ungarische Regierung im gleichen Sinne vorzugehen und dementsprechend nicht ungarische Mannschaften zu entlassen.

Nun kommt auch die feierliche offizielle Bestätigung der Auflösung der österreichischen Armee, die freilich mit ihrer kläglichen Willensfreiheit nur hinter den Ererassen herhinkt:

Wien, 31. Oktober. Amtlich wird bekannt: Seine Majestät gestatten, daß auf ihr Ersuchen Offiziere (Offiziersaspiranten) des Heeres, der I. L. Landwehr, beziehungsweise des Landsturmes und der Genbarmerie des Hinterlandes, die in Ländern heimatunabhängig sind, für welche sich Nationalräte gebildet haben, dem betreffenden Nationalrate zur Verfügung gestellt werden behufs Dienstleistung in den für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu bildenden oder gebildeten militärisch organisierten Körperchaften. Die Offiziere dürfen für den neuen Dienst die vorgeschriebenen Uniformen oder Abzeichen tragen.

Wien, 31. Oktober. Die Blätter melden aus Prag: Der Militärkommandant Feldmarschallleutnant Rehranek und zwei seiner Generalstabsoffiziere sind gestern durch den tschechoslowakischen Nationalrat verhaftet und in Gewahrsam gebracht worden, weil sie den Versuch unternommen hatten, mit Hilfe von ungarischem Militär einen Aufstand gegen den Nationalrat zu veranlassen. Die ungarischen Soldaten weigerten sich, den Befehlen Folge zu leisten, und verbrühten sich mit dem tschechischen Militär und Bürgerum.

Aus der tschechoslowakischen Republik.

Prag, 31. Oktober. (Melbung des Wiener R. A. Tel. Korrespondenz.) Heute erschien eine Deputation des Ausschusses der Prager Deutschen, der sich aus allen deutschen politischen Parteien gebildet hat, beim Nationalauswahlgang und ersuchte, daß der Nationalauswahlgang als neue Regierung ihn als vertretende Körperschaft der Prager Deutschen anerkennt und sich im Bedarfsfälle an ihn wenden möge.

Prag, 30. Oktober. Das tschechoslowakische Pressebureau meldet: Nach Beschlüssen des Nationalrates werden alle Kohlenbahnen in Böhmen angehalten, über deren Verwendung die auf Befehl des Landwirtschaftsministeriums gebildete Verwaltungskommission für Kohlenangelegenheiten Böhmens Verfügung treffen wird. Die Verfügung für die Kohlenbestimmungen Kohle wird mit besonderer Rücksicht auf die dringenden Anforderungen der Wasserwerke,

Gebäuden und anderer öffentlicher Anstalten, hauptsächlich der
Bauindustrie, getroffen werden. Es wird ausdrücklich betont, daß
der Kohlenbergbau bzw. Kohlenverwaltungs-Kommission der gesamte
Kohlenbergbau in Böhmen unterstellt ist, wie auch jener, der bisher
dem Minister für öffentliche Arbeiten in Wien unterstellt war.

Die Armee Deutsch-Oesterreichs.

Wahl von Soldatenräten.

Wien, 31. Oktober. (Meldung des Wiener Corr.-Bür.)
Der deutschösterreichische Staatsrat erläßt folgende Mitteilun-
gen: Der Nationalrat hat in seiner heutigen Nachmittags-
Sitzung eingehend über die Bildung der nationalen Armee
Deutsch-Oesterreichs beraten. Es wurde beschlossen, dem neu-
ernannten Staatssekretär für das Heerwesen einen Unter-
staatssekretär beizugeben. Dofür wurde Artillerieleutnant
Dr. Julius Deutsch (Sog.) bestellt. Weiter wurde be-
schlossen, an die Frontsoldaten folgenden Aufruf zu erlassen:
Die Nationalversammlung, bestehend aus allen Abgeordneten
Deutsch-Oesterreichs, hat heute

die Regierung übernommen;

sie will sofort Frieden schließen. Sie will Euch und Eure
Lieben schützen. Ihr sollt fortan vollberechtigte Staatsbürger sein.
Euch und die große Aufgabe erfüllen, und darum haltet Ordnung
und Manneszucht. Verhindert Unruhen und Gewalttätig-
keiten. Leistet Euren bisherigen Vorgesetzten Gehorsam. Die
ordnungsmäßige Demobilisierung wird unverzüglich in Angriff
genommen werden. Bald seid Ihr mit uns vereint in friedlicher
Arbeit. Das Volk sieht auf Euch. Jetzt gilt es, Opfer für Euch
leisten zu können!

An die Soldaten der Wiener Garnison wurde ein gleich-
lautender Aufruf gerichtet, dem noch folgendes hinzuge-
fügt ist:

Am Laufe des morgigen Tages werden Abgesandte des
Staatsrats zu Euch in die Kasernen kommen, denen Ihr
erlaubt werdet, daß Ihr treu zu den von der Volksregierung be-
schlossenen Gesetzen steht, und daß Ihr entschlossen seid, die Schutz-
wehr Eurer Mitbürger in den kommenden schweren Zeiten zu sein.

Am Sonntag, den 8. November, werden in allen Kasernen
Wien im Beisein von Abgeordneten des Staatsrats in freier und
heimlicher Wahl aus ihrer Mitte Soldatenräte gewählt werden. Sie
werden auch als Beobachtungskommissionen dienen und in händiger
Führung mit der Volksgewalt bleiben. „Kameraden!“ Die
Kraft und die Selbstzucht, die Ihr im Kriege bewiesen habt, ist uns
auch jetzt noch notwendig. Nur wenn Ihr treu zu den frei ge-
wählten Vertretern des Volkes steht, können wir schnell zum Tri-
umph und bauen uns einen neuen wahren Volksstaat auf.

Der Wahlmodus soll derart sein, daß jedes Regiment,
jedes Bataillon, jede Anstalt und jeder Truppenkörper für
sein Offizierskorps je zwei Mann in diese Körperschaften ent-
senden wird. Die Wahl wird in Gegenwart von Vertretern
des Staatsrats vorgenommen werden. Sie soll geheim und
frei sein. Der Wiener Soldatenrat dürfte etwa
aus 200 Personen bestehen. Der Soldatenrat soll eine Be-
obachtungskommission darstellen. Entsprechend dem Wiener
Soldaten- und Offiziersrat werden in allen Garnisonen
Deutsch-Oesterreichs derartige Körperschaften gewählt werden.

Der Staatsrat hat als Staatsfarbe für Deutsch-Oesterreich
die alte Babenberger Farbe „rot-weiß-rot“ angenommen.

Ein neues Ministerium in Polen.

Die Ernährungsfrage.

Nach einer langen Ministerkrise ist in Polen ein neues
Kabinettsmitglied gebildet worden, das ein reines Partei-
ministerium der Nationaldemokraten darstellt, von denen die
Kraukauer Richtung mehr konfessionell ist, die Krakauer
Richtung von Gombinski einen etwas radikaleren Ein-
schlag zeigt. Die Linke hat ihre Teilnahme an der Kabi-
nettsbildung verweigert.

In einer programmatischen Erklärung hat der Ministerpräsi-
dent ausgeführt, daß die Regierung ihre Hauptaufgabe in der ab-
gewinnenen nationalen Leistung eines vereinigten, unabhängigen
Polens mit eigenem Zutritt zum Meer erblicke. Wir möchten, sagte
er, unsere Tätigkeit davon abhängig, daß die Regierung
sich unabhängig von der Okkupationsbehör-
den bleibt. Die nächste Zukunft gehört der Liquidierung der bis-
herigen Okkupationsverhältnisse. Dringend ist die möglichst schnelle
Einberufung des gesetzgebenden Landtags, auf
welche noch der demnächst fertiggestellten Wahlordnung und nach
der Wahlausführung Anfang nächsten Jahres gerechnet werden
soll. Für Polen gewaltige Aufgaben drängen die bisherigen
ökonomischen Annahmen nicht. Wir werden die öffentliche Mit-
wirkung im Wege einer inneren Anleihe anrufen müssen,
insbesondere zwecks Schaffung eines nationalen Heeres.
Denn die Aufgabe der Fürsorge für Rückwanderer, Ar-
beitslose und für die Rückkehr der Arbeiter in Deutschland, sowie
die Behebung der Industrie und Inangriffnahme der für die Volkswirt-
schaft notwendigen öffentlichen Arbeiten.

Einen gewissen Gegensatz zwischen den Warschauer und
Kraukauer Polen scheint die Schaffung einer eigenen Liquidi-
rungskommission für Galizien anzudeuten, die die Lösung von
Oesterreich ordnen und besonders die Heimkehr der polnischen
Regimenter beschleunigen soll. In Warschau sieht man in dieser
Kommission offenbar eine Vereinträchtigung eigener Rechte.

Eine bolschewistische Bewegung, von der viel
gesprochen wird und die man fürchtet, hat in Kongresspolen
noch nicht in die Politik eingegriffen. Der Streik im Kohlen-
revier ist bereits seit einer Woche beigelegt. Nur in dem früher
von Oesterreich verwalteten Lubliner Land treten zahlreiche
Banden auf.

Die Stellung der deutschen Politik gegenüber
den polnischen Vorgängen ist schon vorhergesagt: sie verhält
sich durchaus passiv und beschränkt sich darauf, Angriffe gegen
deutsche Interessen abzuwehren. Zum Vertreter Polens
in Berlin ist Fürst Sewerny Gajewycki ernannt worden.

Die nationalen Gegensätze zwischen Polen und Ukraine
beginnen sich von neuem zu regen. Wenn es selbst den national
und kulturell nicht auf der höchsten Stufe stehenden Ukrainern
vor der polnischen Gewalttätigkeit mit gutem Grunde hängt,
so ist leicht das Los der Deutschen zu erraten, die in die Fänge
des weichen Adlers fallen würden.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ teilt folgendes Telegramm
des polnischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler mit:

An Inbetracht des von und im gegenwärtigen Augenblick fest-
gestellten Mangels an Lebensmitteln im Lande und der insolge
dieser übermäßigen Ausfuhr entstehenden Panik unter der Bevölle-
rung, wenden wir uns an die Auferlich Deutsche Regierung, die
Ausfuhr aller Lebensmittel aus Polen sofort einzustellen
und statt dessen die ausführenden Organe zu beauftragen, für die
Städte und Industriezentren regelmäßig Lebensmittel zu liefern,
bis die ganze Versorgung von der polnischen Regierung übernom-
men und die Grundzüge des Austausches von Produkten zwischen
dem polnischen Staate und dem Deutschen Reich festgesetzt werden.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ glaubt diese Drahtung dahin
verfassen zu sollen, daß die Polen Nahrungsmittel aus
Deutschland fordern. Eine solche Annahme erscheint aber
doch zu unwahrscheinlich. Viel näher liegt die Annahme, daß
die Polen die Belieferung ihrer in der Tat schwer leidenden
Industriezentren durch die deutsche Ausfuhrungsorganisa-
tion in Polen verlangen.

Deutschland hat gewiß Lebensmittel aus Polen ausgeführt,
aber in der Hauptsache nur Gemüse und Obst, die im freien
Handel gegen teures Geld erworben wurden. Daneben lief
nach die Ausfuhr durch Soldaten und Beamte in kleinen Men-
gen. Verantwortlich für die Not in Polen ist etwas ganz an-
deres: die Absperrung des industriereichen, dicht besiedelten
Nord- und Mittelteils mit Warschau, Lodz und dem Kohlen-
revier von dem getreidereicheren Lubliner Kreis, der unter öster-
reichischer Verwaltung stand. Die Oesterreicher haben
aus diesem Gebiete 300 000 Tonnen Getreide ausgeführt, und
damit dürfte eine sehr merkliche Erleichterung der Volksernäh-
rung in Polen eintreten.

Die augenblicklichen Beschwerden über übermäßige Aus-
fuhr nach Deutschland dürften durch ein Mißverständnis
verstärkt worden sein: es ist tatsächlich Getreide in erheblichen
Mengen aus Polen nach Deutschland ausgeführt worden. Aber
nicht um hier verdrängt, sondern in den leistungsfähigeren
deutschen Mühlen — zum Nutzen des polnischen Volkes — aus-
gemahlen und dann nach Polen zurückgeführt zu werden.

Die bedauerliche Lebensmittelknappheit im Gouvernement
Warschau ist auch leider dadurch vergrößert worden, daß sich
die polnischen Bauern mit dem politischen Umschlag
auch der strengen Ablieferungsfrist entziehen zu können glau-
ben. Aber da auch diese Geminnungen schon wieder überwunden
sind, so ist zu hoffen und von Herzen zu wünschen, daß sich die
Notlage der Warschauer Bevölkerung bald mindern wird.

Abreise des Kaisers an die Front.

Der Kaiser, der sich mehrere Wochen in der Reichshaupt-
stadt aufgehalten hatte, begab sich an die Front.

Das Herrenhaus übt „Treuebezeugung“.

Der Nord von 1918.

Wenn beim Rommih eine Peinung nichts zu tun ist, wird
zur Aufrechterhaltung der Disziplin „Treuebezeugung“ geübt.
Auch das Herrenhaus hat jetzt ruhige Lage, da vor Durchfüh-
rung der Wahlreform den vorkriegigen Gesetzgebungsfaktoren
keine wichtigen Materien mehr anvertraut werden. So konnte
es sich den Luxus gestatten, eine ganze Sitzung mit der Ein-
führung von „Treuebezeugung“ auszufüllen. Die Griffe klappten
auf, die Disziplin ließ nichts zu wünschen übrig und der inspi-
zierende General, Graf Nord v. Bartenburg, konnte beim
Appell seine Befriedigung ausdrücken.

Der Antrag Nord bedeutete eine Demonstration, die in
diese Tage — man denke an Oesterreich — paßt, wie die Faust
aufs Auge. Den trübigen Junktoren war es wohl weniger darun-
ter zu tun, dem Monarchen Referenz zu erweisen, als recht
deutlich die Kunst darzutun, die sie von dem
übrigen Volke trennt. Auf die gehaltenen Reden ein-
zugehen, lohnt sich nicht. Die Sitzung hatte das Aussehen eines
altpreussischen Familientages, es handelte sich sozusagen um eine
interne Angelegenheit gewisser Adelskreise, die also die Öffent-
lichkeit nicht weiter angeht. Vielleicht wird man sich der De-
monstration erinnern, wenn die Frage der Abänderung
der Kriegskosten-Gesetze aktuell wird, es war monder darunter,
der hier recht Erhebliches leisten könnte. Die Wahlrechtspartei
erklärte durch den Herzog zu Trochenbera, daß sie die Notwendig-
keit solcher Aumänderung ja nicht einsehe — wir auch nicht —,
aber sie konnte sich natürlich nicht ausschließen. Sünde, daß
der uralte Landgraf von Hessen nicht mehr lebt, dessen „an-
archistische“ Reden einst das heitere Entgegen der Erlauchten
und Gelehrten bildeten.

Der Antrag Nord wurde schließlich einstimmig an-
genommen, worauf sich das Haus bis zum 15. November friedlich
vertrug. Zu früher Stunde klang die Aktion des Nord von
1918 in einen sanften Nachmittagschlummer aus.

Militär und Demokratie.

Ein innerer Mobilisierungsplan in Leipzig.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht eine militärische
„Dienstvorschrift“ für die Truppenteile der Garnison Leipzig bei
Ausbruch von Unruhen und Revolutionen — monatlich etwa 800 Mann
mit der entsprechenden Bewaffnung (auch Gasbomben und Ma-
schinengewehren) für mögliche Fälle bereithalten werden. Das
Blatt macht dazu die Bemerkung: „Das ist die neue Freiheit in
Deutschland, das ist die Demokratie, die die neue Regierung ver-
birgt.“

Es ist selbstverständlich, daß die neue Regierung mit diesem
örtlichen Dienstbefehl nichts zu tun hat, sie dürfte von seiner Er-
giltung erst durch die „Leipziger Volkszeitung“ Kenntnis erhalten
haben. Abgesehen von dieser Entstellung ist aber die Veröffent-
lichung der „D. V.“ infomeren verdienstlich, als sie die Aufmerksam-
keit auf ein sehr wichtiges Problem lenkt. Wer bestimmt, ob und
wann militärisches Eingreifen erforderlich ist, und wer trägt für
einen etwaigen Mißbrauch des Militärs, das unabsehbares Unheil
stiften kann, die Verantwortung? Bestehen feste, von der Zivil-
gewalt erlassene Regeln, in welchen Fällen Militär verwendet
werden darf und in welchen nicht?

Mit dem Gewand des hohen Geben- und Geschickens lassen
sich man natürlich nicht aus. Darüber muß einmal ganz offen
geredet werden. Gegen harmlose Demonstranten mit Arabisieren
losgehen ist einfacher Mord. Angriffen auf Personen, Gebäude,
Konten passiv zusehen, die ja z. B. auch von reaktionären
Kutschmachern ausgehen könnten, ist unmöglich. Die bewaffnete
Gewalt kann ebensoviele dazu dienen, die Freiheit zu schützen,
wie sie zu bekämpfen. So haben die Volksgemeinschaft neben dem roten
Terror das „System der strategischen Verdrängung“ erfunden, wo-
nach die oberen Stockwerke gewisser Stadtteile mit Maschinengeweh-
ren versehen sind. (Dienen die dem Schutz der Freiheit? Eine
sozialistische Doktorfrage!)

Dem neuen System in Deutschland entspricht die volle Demo-
kratie des Soales wie der Straße, die jedem seine Meinungs- und
Bewegungsfreiheit läßt und nur Gewalt, die die Freiheit
aufhebt, mit Gewalt beantwortet. In diesem Sinne sollten
Polizei und Militär so rasch und so deutlich wie möglich instruiert
werden.

Die „eiserne Phalanx“ um den Thron.

Ein Drohartikel des „Reichsboten“.

Der Leitartikel des „Vorwärts“ vom Donnerstag hat den
frommen und loyalen „Reichsboten“ auf den Plan gerufen. Dort
schwimmt ein Ritter namens Karl Ruklopf sein Schwert und

läßt es gewaltig durch die Luft sausen. Nachdem er an Ereignissen
der französischen Revolution erinnert hat, bricht Herr Ruklopf in
folgende schmetternde Tiraden aus:

Das kleine Häuflein der Monarchisten in Frankreich konnte
gegen den allmächtigen Jakobinergeist nichts mehr ausrichten.
In unserem monarchisch gefinnenen Volke sind aber die Männer,
die für Ehr und Recht mutig sich verbinden“, in gewaltiger
Mehrzahl. Wären sie sich jetzt um den Thron
scharen wie eine eiserne Phalanx, die entschlossen
ist den Jakobiner-, Nihilisten-, Bolschewisten- und Bürgermör-
dergeist so nachdrücklich niederzuschmettern, wenn er sich weiter
frech zu erheben wagt und die Regierung ihre Pflicht vergißt, daß
er genug hat. Dieser Geist, der in Frankreich die Wüste des
Landes ins Blut geküsst hat und der heute in Rußland Tag für
Tag Hekatomben von Opfern aus Adel und Bürgerum ver-
schlingt, bedroht die ganze Welt mit Nord-
brennerei und Anarchie. Gegen ihn gibt es kein wirk-
sames Mittel als allein die Ausrottung. Hier kann es nur
heißen: Du oder ich!

Herr Ruklopf scheint nicht zu ahnen, welche Väterdienste der
Monarchie mit solchen Ausführungen erwiesen werden. Er sei auch
daran erinnert, daß Drohungen wie „Du oder ich“ sich nicht ganz
selten gegen ihre eigenen Urheber gelehrt haben.

Das Elsaß-Lothringische Koalitionskabinetts gescheitert.

Die Bildung eines Koalitionsministeriums aus Vertretern
aller Parteien des Landtages ist nach der „Frankfurter Zeitung“
gescheitert, da die Besprechungen der Fraktionen, die vorgestern und
gestern stattfanden, ergeben haben, daß das Zentrum, die So-
zialdemokratie und die Lothringer den Eintritt in ein
solches Ministerium ablehnen. Staatssekretär Haug, der bis-
herige Vorsitzende der Zentrumsfraktion, hat infolgedessen seinen
Austritt aus der Fraktion erklärt. Die fortschrittliche
Fraktion, die im Interesse des Landes die schleunigste Bildung eines
Koalitionsministeriums für dringend notwendig erachtete, hat be-
absichtigt, der Regierung die Bildung eines solchen Ministeriums
anzheimzustellen, ohne von Fraktionen wegen hierfür positive Vor-
schläge zu machen.

Bundesratsarbeit. In der Donnerstagssitzung des Bundes-
rats wurde angenommen: 1. Die Entwürfe einer Bekanntmachung
über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im
Auslande ihren Wohnsitz haben, sowie einer Bekanntmachung,
betreffend die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-
Lothringen.

2. die Vorlage wegen Umprägung von Silbermünzen,
3. der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Anlauf von
Menschenhaaren,
4. der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend Ergänzung
der Verordnung über Elektrizität und Gas sowie Dampf, Druckluft,
Heiz- und Leistungswasser vom 21. Juni 1917.
5. der Entwurf einer Bekanntmachung über die Verjährungs-
und Verlegungsfristen,
6. der Entwurf einer Bekanntmachung über die Befugnis der
Bayerischen Notenbank zur Ausgabe von Noten,
7. der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines
vierten Nachtrages zum Reichshaushaltspflan für das Rechnungsjahr
1918.

Letzte Nachrichten.

Ein Ministerium Karolyi.

Berlin, 31. Oktober. Amlich. Die letzten Nachrich-
ten aus Budapest zeigen, daß die von einem Teil der deutschen
Presse übernommenen Nachrichten über starke revolutionäre
Unruhen übertrieben sind. Die innere Neuordnung Ungarns
hat schon zur Bildung eines Ministeriums Karolyi geführt.
Dieses hofft, in kurzer Zeit Herr der Lage zu sein und die
noch bestehenden Unruhen zu beseitigen.

Budapest, 31. Oktober. Meldung des I. T. Telegr.-Bür.-
Bür. Die Blätter melden, ist das neue Ministerium folgender-
maßen gebildet worden: Ministerpräsident Graf Michael Karo-
lyi, Minister des Innern Graf Theodor Bathnany, Nationalitätsminister ohne Portfeuille Oskar Jaski (Sozial-
demokrat), Handelsminister Graf Garami (Sozialdemokrat),
Kriegsminister Barna Buzs, Minister für Volkswirtschaft
Dr. Siegmund Kunzi (Sozialdemokrat), Unterrichtsminister Martin
Lava 233, Minister für Volksernährung Staatssekretär Franz
Ragy, Gesundheitsminister Leutnant Bela Lindner, mit der
Leitung des Finanzministeriums wurde vorläufig der Minister für
Volksernährung Franz Ragy betraut, an dessen Seite das Mit-
glied des Nationalrats Paul Szekcs als Staatssekretär wirkt.
Die Portfeuille des Ministeriums des Innern, der Justiz und
des Ministers am kaiserlichen Hoflager sind noch nicht besetzt. Zum
Stabskommandanten von Budapest wurde Feldmarschallleutnant
Ludwig Kunke ernannt, der bereits den Eid geleistet hat. Zum
Pressesekretär wurde der Mitarbeiter des „N. G.“ Dr. Galadg er-
nannt.

Der Aufenthalt Kaiser Karls.

Wien, 31. Oktober. Die Abendblätter melden: Die Nachricht
von der Abreise des Kaisers entspricht nicht den Tatsachen. Der
Kaiser und die Kaiserin befinden sich in Wien.

Befehung Triests durch die Amerikaner?

Wien, 31. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ schreibt:
Nach einer Meldung aus Laibach erwartet man in südslowenischen
Kreisen, daß die Befehung Triests durch die amerikanische
Flotte unmittelbar bevorstehe. Die amerikanische
Regierung soll durch diese Maßnahme verhindern wollen, daß
durch etwaige Besitzergreifung Triests seitens
der Italiener eine Lachade geschaffen würde, die bei der
künftigen Auseinandersetzung zwischen Ita-
lienern und Südslawen am Konfrenzliche zu
großen Schwierigkeiten führen könnten.

Bevorstehende Öffnung der Darbanelken.

Saag, 31. Oktober. Neuter meldet aus London: Laut für-
hischen Blättern trete der Wunsch zu Tage, die Darbanelken dem-
nächst zu öffnen. Es soll eine britische Flotte in die Darbanelken
einlaufen, ohne daß aber eine Landung stattfindet. Nur eine kleine
Abteilung soll an Land gesetzt werden, die die Aufgabe habe, die De-
mobilisierung zu überwachen.

Eine umfassende Amnestie in Oesterreich.

Wien, 31. Oktober. Die die Blätter melden, verlaute in par-
lamentarischen Kreisen, daß eine allgemeine politische Amnestie be-
vorstehe, welche ihren Weg über die Nationalregierungen nehmen
soll. Nach Meldungen des Budapesters Vertreters des „Neuen Wie-
ner Tagblattes“ werde in kürzester Zeit die Enthebung des Kabi-
nettsdirektors Seidler erfolgen.

Gewerkschaftsbewegung

Rückgang der Konjunktur in der Sattlerei.

In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeuillier (Ordnungsverwaltung Berlin) führte der Vorsitzende Schulze im Geschäftsbericht für das dritte Quartal unter anderem aus: Von Vierteljahr zu Vierteljahr ist die Arbeitstätigkeit in der Sattlerei aus dem Grunde geringer geworden. Seit Anfang dieses Jahres hält die rückläufige Bewegung an. Nicht nur die ungelerten und berufsfremden Arbeitskräfte, sondern die weiblichen, sind nach und nach zum großen Teil wieder abgehoben, sondern es ist bereits soweit gekommen, daß auch ein hoher Prozentsatz der gelernten Sattler in anderen Erwerbszweigen Beschäftigung gefunden hat, wozu bis jetzt glücklicherweise noch Gelegenheit ist. Da seit einiger Zeit viel mehr Militärarbeit als früher in Provinzorten vergeben wird, so macht sich in Berlin der Rückgang der Arbeitstätigkeit ganz besonders fühlbar. Die Militärlieferungsunternehmen haben ohne Ausnahme die Zahl ihrer Arbeiter herabgesetzt. Viele Fabriken haben auch die Arbeitszeit verkürzt. Viel während des Krieges entstandene Betriebe sind von der Vorkriegszeit wieder verschwunden. Ein Umschwung zum Besseren ist nicht zu erwarten, denn auf neue Aufträge kann jetzt nicht mehr gerechnet werden, selbst in dem Falle nicht, daß der Krieg noch einmal ausbrechen sollte. Die Sattler, welche in der Militärbranche arbeitslos werden, sollten in anderen Zweigen der Sattlerei Unterfindung suchen, wozu dadurch Gelegenheit gegeben ist, daß sich manche Fabriken der Herstellung von Erzeugnissen berufswandiger Gewerbe zugewandelt haben.

Unter dem Einfluß der schlechten Geschäftslage stehen auch die Kassenverhältnisse des Verbandes und die Mitgliederbewegung, die auch in diesem Vierteljahr wieder zurückgegangen ist. Die Mitgliederzahl, welche sich am 1. Juli auf 3038 (2204 männliche und 834 weibliche) belief, hatte sich bis zum 30. September auf 2853 (1953 männliche und 900 weibliche) vermindert.

Der Geschäftsbericht, sowie die vom Kassierer Wegner erstattete Abrechnung wurde ohne Debatte entgegengenommen. Auf Antrag der Ordnungsverwaltung beschloß die Versammlung einstimmig, daß die arbeitstüchtigen Mitglieder auch in diesem Jahre eine Weihnachtsgeldunterstützung aus lokalen Mitteln erhalten, und zwar bei einer Mitgliedschaft von mindestens 26 Wochen 10 M., bei einer Mitgliedschaft von mindestens 52 Wochen 15 M. Anspruch auf diese Unterstützung haben nur diejenigen, welche sich bis zum 30. Dezember im Arbeitsnachweis des Verbandes haben eintragen lassen. Zur Weihnachtsgeldunterstützung erhalten am Heiligabend ein Kolossalrent von 6 M.

Die Verwaltung wird ersucht, eine Vorlage vorzubereiten, nach welcher bei eintretender Demobilisierung die aus dem Heeresdienst entlassenen Mitglieder aus lokalen Mitteln unterstützt werden können.

Neue Lohnvereinbarung in der Tuchindustrie.

Die im August in Leipzig stattgefundene Konferenz der Tucharbeiter, einberufen vom Textilarbeiterverband, trägt ihre Früchte. Am 24. Oktober verhandelten die Vorstände der drei bestehenden Textilarbeiterorganisationen mit den Vertretern der deutschen Tuchfabrikanten unter dem Vorsitz eines Vertreters des Bekleidungsbeschaffungsausschusses über neue Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es kam zu folgender Vereinbarung:

Ab 4. November d. J. beträgt der Lohn für Weber und Weberinnen pro 1000 Schuh:

In Orten mit Einwohnern			
Bis 5000	5000—25.000	25.000—100.000	Ab 100.000
Für Tuch . . . 23 Pf.	25 Pf.	27 Pf.	28 Pf.
Für Dedon . . . 31	33	35	37

Allen übrigen in den Tuchfabriken in Afford oder Zeitlohn beschäftigten Personen wird eine Lohnzulage von 30 Proz. gewährt. Sonnabends ist mittags um 12 Uhr Betriebsruhe.

Die Vereinbarung bedeutet den ersten Schritt zu einem Reichstarif. Zum mindesten hört es damit auf, daß bei Lohn-

Bewegungen immer die Verhältnisse eines Ortes gegen die des andern ausgepielt werden konnten. Die einheitlichen Affordzüge werden in naher Zukunft auch zu einheitlichen Stundenlöhnen hinüberleiten.

Der Verbandstag der Bureauangestellten

findet nicht, wie anfänglich geplant, im Lehrervereinshaus, sondern in den Prachtssälen Alt-Berlin, Blumenstraße 10, statt. Die Verhandlungen beginnen am 8. November morgens 8 1/2 Uhr.

Errichtung von Lohnämtern.

Unter diesem Titel hat das Schweizerische Arbeitersekretariat einen Bericht an das Schweizerische Volkswirtschaftsdepartement erstattet, in welchem zur Frage der Errichtung von Lohnämtern Stellung genommen wird. In der Begründung für die Einführung solcher Ämter, die in den verschiedenen Ländern bereits bestehen, wird gesagt, daß es nicht nur eine moralische, sondern eine Pflicht der Selbsthaltung des Staates sei, häufig in die Lohnfrage einzugreifen. Der Entwurf des Schweizerischen Arbeitersekretariats will an die Spitze ein Lohnamt stellen mit einem ständigen Beamten, der als Direktor mit einer Kassele bedacht ist. Als Beamter soll er neutral sein und steht als Chef einer neuen Abteilung des Volkswirtschaftsdepartements vor. Sechs Kräfte und ihre Stellvertreter würden nach Vorschlägen der Verbände der Betriebsinhaber und der Arbeiter gewählt. Ausgehend von der Tatsache, daß gerade die Lebenshaltung der Schlechtestgestellten sich durch die Kriegsteuerung oder die Geldentwertung am stärksten fühlbar macht, wird die schleunige Errichtung eines Lohnamtes und von Lohnkommissionen als eine dringliche Maßregel angesehen. Denn gerade die Lage der Schlechtestgestellten drückt wie ein Schwergewicht auf den Lohn der Bestgestellten. Eine Neuerung soll einem sehr großen Teil der Bevölkerung die Möglichkeit der Anteilnahme an einer höheren Kultur eröffnen.

Nach dem Entwurf liegt dem Lohnamt die Erforschung und Regelung der Löhne in der Heimarbeit, den Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetrieben ob. Für die zu behandelnden Betriebsgruppen werden vom Volkswirtschaftsdepartement Lohnkommissionen bestellt, die gemeinsam mit dem Lohnamt berechnen, die Lohnlisten einzuleiten, Betriebsinhaber, Angestellte und Arbeiter als Zeugen vorzuladen und einzunehmen. Den Lohnkommissionen fällt die Aufgabe zu, Mindestlöhne festzustellen, die nach Städten und Landesteilen abgestuft sind.

Theater.

Volkstheater: „Die Komödie der Liebe“.

Wenn der Vorhang aufgeht, zeigt sich, dem Auge angenehm, ein eigenes Bild: rechts und links eine zierliche, schmale Landvilla mit Veranda nebst einem Nebengebäude im Garten. Zwischen drin ein filigraner Baum; im Hintergrund der Fjord mit Klippen. Alles einfach, bildhaft komponiert und für jeden Zuschauer, wo er auch seinen Platz haben mag, als Ganzes sichtbar. Sobald die Handlung eingeleitet hat, merkt man aber auch gleich, daß die Lokalität aus dem intensiven Einfühlen des Dekorateurs (Ewald Dülberg) in die Komödie selbst erwachsen ist; desgleichen in die Menschen. Ihre Gewandung; Wiederkehrzeit mit skandinavischem Anklang vervollständigt den Eindruck. So ungefähr waren die Menschen und Dinge, wie sie Jbsen schaute und zeichnete.

Auf der Scheidengrenze der Entwicklung Jbsens vom historisch-romantischen Tragödiendichter zum modernen Gesellschaftskritiker steht die „Komödie der Liebe“. Fall, der junge Schriftsteller, ist wohl Jbsens Spiegelbild aus jener Episode persönlichen Sturmes und Dranges. In der Auseinandersetzung fällt mit den andern (im Mittelakt) über das Problem der Liebe, Ehe und Freiheit ist der spätere Jbsen schon ziemlich deutlich erkennbar. Romantischer Schwärmer ist er hier noch insofern, als er die Sünde der Kritik

weniger an seine Menschen, als an den Begriff Liebe und Ehe legt. Aber schon kündigt sich die heisere Ironie und der bittere Sarkasmus des lebensreifen Dichters an. Ebenso das Gefühl der Befreiung, das wir von allen seinen Dramen davontragen. Galt mit der Kunst der Charakterzeichnung und schürzendem Problem diese Jugendkomödie auch noch lange nicht gleichen Schritt: — ein interessantes Problem bleibt sie in jedem Falle.

Ein Probierstein auch für die Darstellung. Gewisse Mängel lassen sich durch sie nicht immer beheben. Franz Wegler gab dabei sein Bestes in dem Streit über die Liebe (2. Akt), wenn er sich feindlich gerichtet von allen schied. Der Kardinal des älteren Jbsen: am härtesten ist der Mann, wenn er allein steht. Minut hier bereit an und zeigt dem Darsteller des Falls die Richtung für sein Handeln. Johanna Hofer war der Schwandbild wohl im einzelnen gewachsen. Eine vornehm ruhige Gestalt war Lettingers Goldstadt. Als Aktuar Eiders machte Jürgen Fehling eine in der Silhouette stark betonte Charaktergestalt. Und Agathe Bergsma als seine Frau nicht minder. Einen prachtvollen Landvater, prachtvoll in seiner kinder geeigneten Doppelrolle wie warmen Verehrer, stellte Guido Herzfeld hin. Der dröckige Anführer der Pfaffenfamilie Ibsen, so oft er die Bühne erfüllte, einseitiger Gesichter aus. Zweifellos ist der künstlerische Erfolg der im Schwere oft wenig dramatischen Komödie und deren Aufführung. Zweifellos auch das Vergnügen, das das Publikum bei Jbsen gefunden hat.

Notizen.

— Vorträge. Der Uranverein veranstaltet für seine Mitglieder am Sonntag, den 3. November, mittags 12 Uhr, in der Urania einen Filmvortrag von Prof. Lampe über „die Alpen“. — Deutschlands erste staatliche Optikerschule ist Anfang Oktober in Jena eröffnet worden. Sie ist eine Schöpfung der Carl Zeiss-Stiftung, also aus engster Verbindung mit dem Namen des eigentlichen Begründers der optischen Industrie in Deutschland. Jena ist neben München, dem Erzeugungsort der Reichensper Brillen, der Sitz der bedeutendsten optischen Industrie Deutschlands.

— Erzwungene Rechtsprechung. Wie ein Petersburger Telegramm meldet, hat die bolschewistische Regierung bei Strafe der Weiskennzeichnung beföhlen, daß die von ihr eingeführte vereinfachte Rechtschreibung auf allen Schildern und Plakaten angewandt wird. Ein Buchdruckerbesitzer ist wegen Anwendung der alten Rechtschreibung zu 5000 Rubel Strafe verurteilt worden; ein anderer wurde verhaftet.

Gerichtszeitung.

Der große Brotkartenschieberprozeß, der seit dem 23. September das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigt hatte, ist endlich zu Ende gegangen. Es handelte sich, wie i. J. berichtet, um die Brotkartenschieber im Bureauhaus Biele, von der viele Tausend solcher Brot- und Fettkarten hergestellt worden waren. Das Urteil lautete: gegen Weiwoda auf zehn Jahre Zuchthaus, 10.000 M. Geldstrafe, gegen die übrigen Angeklagten auf je fünf Jahre Zuchthaus, 4500 M. Geldstrafe, gegen Friedrich Kumpf und Frau Margarete Reinhardt auf je zwei Jahre Gefängnis, gegen Richard Schulz und Frau Ella Kumpf auf je zweieinhalb Jahre Gefängnis, gegen Alara Stewers auf eineinhalb Jahre, gegen Johann Dierks und Emil Lehner auf je ein Jahr Gefängnis und gegen die übrigen Angeklagten auf Gefängnisstrafen bis herab zu vier Monaten.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Wiedt, Berlin. Verlag: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchverlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Einzeln 1 Pfennig.

Direktion Max Reinhardt.

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: **Clavigo.**

Kammerspiele
7 Uhr: **Rosmersholm.**

Kleines Schauspielhaus
Passantenstraße 1, Portal 5.
Keine Vorstellung.

Volkstheater
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßer.
7 1/2 Uhr: **Merlin.**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: **Peer Gynt.**

Deutsches Künstler-Theater.
7 1/2 Uhr: **Liebe.**
Sonnabend: Zum 1. Male:
Nachtbesuchung.

Drei Grotesken v. Kurt Götz.
Hierauf: Auserhebung.
Von Felix Salten.

Casino-Theater.
Hofbringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11.
Für noch wenige Aufführungen
des Berliner Vollen-Schlagers
Man laßt mal wieder!
Vorher das große Oktober-Programm.
In Vorbereitung: Die goldene Brücke.
Sonnab. 3 1/2 Uhr: Ein fideles Huhn.

National-Theater.
1/2, 3/4, 5/8 Copenicker Str. 63. 7 1/2, 8 1/2
Der große
Operettenerfolg!
Prinzenliebe.
Sonnab. 3 1/2 Uhr: Studentenlebenchen.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
August der Starke.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Lindenstr.
7 1/2 Uhr. Tägl. Nord. 8650.

Kaiserplatz 3, 1 Tr.

Theater am Kottbuser Tor.
Kottbuserstr. 6/Loit. F. Wagner
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Große Variété-Schau.
Dekorationen v. Hamr.
Zilla. — Anna Müller-Liecko.
Vorverk. 10 1/2 — 1 1/2 u. ab
3 U. sowie bei Wertheim.

Theater für Freitag, 1. November.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Die toten Augen**

Friedrich-Wilhelms-Theater
Zum 250. Male

7 1/2 Uhr: **Hannerl.**

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Alt-Nürnberg.**

Romische Oper
7 1/2 u. 9 Uhr: **Schwarzwalddädel.**
Stg. 3 1/2 Uhr: Schwarzwalddädel.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater
7.10 Uhr: **Wiener Blut.**
Sonnab. 3 Uhr: Wiener Blut.

Residens-Theater
7 1/2 Uhr: **Lilli Grün.**

Circus Busch
Tägl. 7 1/2, Sonnab. 3 1/2 u. 7 1/2
Neue November-Nummern!
Ein wahres Circus-Programm!
U. a. Ella Octavio.
Zoolog. Potpourri.
3 Veras, vora. Drahtseil-Akt.
Neue Freizeitspressuren,
vorgelührt von Frau und
Herrn Direktor
Cory-Althoff.

Die Gärtnerin
mit ihren Blumenperlen,
in der hohen Schule ger.
von Fri. Adele Althoff.
usw. usw.
Zum Schluß:
Tanz der Eilen auf den
Wasserressen
in der phantastischen
Wasser-Pantomime
„Oberon“
in 5 Akten
nach Wieands „Oberon“.
3 1/2: Hänsel und Gretel.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Gastop. d. Friedr.
Wilhelms-Theaters:
Das Dreimäderlhaus.

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.**
Stg. 3 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Stralauer Fischzug.**

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: **Hamlet.**

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde.
Sonnabend 3 1/2 Uhr: Die Reise
ins Schlaraffenland.

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Von allen Dörfern

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Die lustige Witwe**
mit Guido Thielscher.
Sonnab. 3 1/2 u. Aschenbrödel.

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: **Graf Rabenichts.**
Sonnab. 3 1/2 Uhr: Frühlingluft.

Apollo
Friedrichstr. 218
Dir. James Klein.
7 1/2, Sonnab. 3 1/2 u. 7 1/2
Die Welt geht unter!
Große Variété-Anstaltungsschau
in vielen Bildern mit
Senta Soneland
Ernst Lubitsch
usw.
Sonnab. 3 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Trianon-Theater
St. Friedrichstr. Ztr. 1927, 2201
Nachm. 4 Uhr. 11 Preise:
Schneewittchen.
Täglich acht Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Ida Wisi. Bruno Kastner.
Emma Dobner. Hugo Flink.
Gonia Klein. Schönfeld.
Sonnab. 4: Hänsel und Gretel.
Sonnab. 4: Johannisfeuer.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19-20.
Täglich 7 1/2 Uhr:
August der Starke
Volksstück in 4 Akten von Leon Troptow.
Bearbeitet von Bernhard Rose.
Gesangstexte von Hermann Frey.
Musik von Franz Schmidt-Hagen.
Glänzende Ausstattung! Großer Erfolg!
Ueber 50 Mitwirkende!

Gewerkchaftshaus.
Sonntag, den 3. November 1918:
Im großen Saal hält der
Verband der Bureauangestellten
seine **Herbstfeier** ab.

Mitwirkende: **Berliner Sinfonie-Orchester**
Ernst und heitere Vorträge.

U. a.: Original-Warschauer Tanz-Verbands-Quartett.
Margot Herz u. Alara Gerfurth in ihren willigen Vorträgen.

Abends: Im Parterre-Restaurant:
Das „Wattke'sche Damen-Trio“
und **Anni Ardini**, die Vortragsdoublette.

Sonntagmittag:
Agnesbude . . . 0,50 Bildergal. 8.—
Schiff mit Tentente . . . 2,50 Etrogische Gute . . . 5.—
Nachvollantale . . . 3.— Wäsebraten mit Kartoff. 8.—
Eckspitze mit Beilage . . 3.— Kompott — Salat
Braunfisch 2.— Epels.

Heute kommen 500 fette Hühner
zur Verteilung, Pfund von 9.— M. an.
Heute und morgen: **Hühnerbrühe,**
a Liter **60 Pf.**, und darin gekochte
Fettihühner, 1/2 Fettihuhn 10 Mark.

Oranien-Palast
Oranienstr. 40-41 (Oranienbrücke)
Konzert-Kaffee-Kabarett.

Walter Steiner
und das große erstklassige Programm.
Große Kapelle Dirk van Erp.
1. Stock Die neue Weindiele u. Barbüffet. 1. Stock.

Dir. O. Meinhard — R. Bernauer.
Theater Königgrätzerstr.
7 1/2, 8: **Der Hauch im All.**

Komödienhaus
7 1/2 u. 9: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Tolle Komtess.**

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Säng.
Nachmittags ermäß. Preise!
Reichshallen-Saal 7 Uhr:
Großes Blüthen-Konzert.

Kaffee Zielka
Eckstr. 13/15
Konzert-Kabarett
7 Anfang 7
Gully Holl
Robert Steidl
Mieze Hausmann
und die übrigen
Attraktionen.
Täglich von 4 Uhr ab:
Gr. Nachmittagskonzert
Dirigent Paul Kurz
aus Wien.
Rosendiele — 50 Billards

Henry Bender
Gisa Kolbe

Geschw. Birkneder
Drahtseilakt

Onre und Partner
Radfahrzoo

Läpp und Häbel
Exzentriks

Otto Röhr
Humorist am Flügel

Geschw. Jainczik
Eislauferrinnen

MORUES
Modellleur

WILMA
Sandmalerin

Montrell
Pangspiele

Foxtrott-Quartett

Admiralspalast.
Die Prinzessin
von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Kaharet
Branne's
Diele
Heganderstraße 55
Hilfendberg 29
Ella Kronen
Wally Zur
Willy Horwin
Hed Krugmann
Wally Zuecke
Tony u. Ethica.
van-Smiten-Konzerte

Pelz-
Kragen, Muffen, Mäntel
gegen bar od. erleichterte
Zahlungsweise.
Pelzhaus Abuco.
Leipziger Str. 58, 1.

Groß-Berlin

Eine Aenderung der Geschäftsordnung

beschäftigte einen Ausschuss der Berliner Stadtverordneten-Versammlung unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Rischel. Der Antrag lautete: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, dem § 10 der Geschäftsordnung folgenden Zusatz zu geben: „Will der Vorsitzende einen von fünf Mitgliedern der Versammlung unterzeichneten Antrag nicht auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen, so hat er dies den Antragstellern unter Angabe der Gründe mitzuteilen. Die Antragsteller können dann schriftlich Einspruch erheben, und die Versammlung entscheidet nach Begründung und Beratung des Einspruches.“ Der Ausschuss nahm diesen Antrag mit folgendem Zusatz an: „In der Beratung über den Einspruch ist nur über dessen Berechtigung, nicht über den sachlichen Inhalt des Antrages, der dem Einspruch zugrunde liegt, zu verhandeln.“

Die Veranlassung zu dieser Aenderung der Geschäftsordnung hat bekanntlich ein Antrag der Unabhängigen gegeben, den der Vorsitzende nicht auf die Tagesordnung gesetzt hatte, weil er ihn nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung für unzulässig hielt.

Sammlung von alten Schuhen und altem Leder.

Zum Zweck der vollständigen Erfassung von Altshuhen und Altleidern hat die Reichsstelle für Schuhverfertigung angeordnet, daß die Kommunalverbände Sammelstellen für Altshuhen und Altleidern einrichten. Der Vertrieb der Altleidern mit Lederwaren ist verboten. Die in ihrem Besitz befindlichen Altleidern sind beschlagnahmt und an die Kommunalverbände abzuliefern.

Die Privathaushaltungen werden demnächst zur freiwilligen Abgabe von Altshuhen und Altleidern aufgefordert werden. Wer zwei Paar getragener, aber noch gebrauchsfähiger Schuhe oder Stiefel mit Lederohle abgibt, erhält eine Abgabebescheinigung, die Anrecht auf Ausfertigung eines Schuhbescheinigung für ein Paar neue Schuhe oder Stiefel mit Lederohle gewährt, gleichviel, wieviel Schuhbescheinigungen er schon erhalten hat. Wer nur ein Paar derartige Schuhe oder Stiefel abgibt, erhält im Abgabewert von mindestens 5 M., erhält auf Verlangen eine Abgabebescheinigung, die zum Erwerb eines Paares instand gesetzter getragener Schuhe oder Stiefel berechtigt.

Macht Platz den Ärzten!

Der Ärztemangel, unter dem die Bevölkerung die vier Kriegsjahre hindurch gelitten hat, ist durch die Grippeepidemie noch verschärft worden. Sie hat die Schwierigkeiten, in Krankheitsfällen ärztliche Hilfe zu erlangen, aufs äußerste gesteigert. Wer in dieser Artzeit und Seuchzeit krank wird, der kann bei der Ärztsucht etwas erleben! — falls er nicht zu rasch wegstirbt.

Aus dem Kreise unserer Leser sind uns bittere Klagen darüber zugegangen, wie es jetzt um die ärztliche Versorgung der Bevölkerung steht. Schon immer war in den Arbeitervierteln keine Seltenheit, daß bei vielbeschäftigten Ärzten die Auskunft gegeben wurde, der Herr Doktor sei nicht zu Hause. Heute kommt es sogar vor, daß ein in später Abendstunde zu Hause angekommener Arzt dem Hilfesuchenden hinausjagen läßt, jetzt müsse er sich von der Arbeit dieses Tages für die des nächsten erholen. Auch auf der Rettungsbooth kann einer die Antwort erhalten, es sei unmöglich, noch eine Bestellung anzunehmen. Hat man aber schließlich doch einen Arzt gefunden, der in die Wohnung kommt, dann fragt sich, ob und wann er seinen Besuch wiederholen kann. Dann hilft ein überlasteter Arzt sich auch damit, daß er einen beiläufigen Kranken von seinem Sprechzimmer aus weiterbehandelt, indem er regelmäßigen Bericht über den Krankheitszustand fordert. Ein Leser unseres Blattes schildert uns das Hin und Her zwischen seinem Krankenzimmer und dem Sprechzimmer des Arztes, der sich solche Berichte überbringen läßt, und sie obendrein nicht von der Tochter des Kranken, sondern nur von dessen Ehefrau entgegennehmen will.

In Einzelfällen mag es immer noch vorkommen, daß Ärzte ohne zureichenden Grund einem Kranken die gewünschte Hilfe verweigern. Aber die allermeisten Ärzte leisten wohl jetzt, was überhaupt einem Menschen noch möglich ist. Wir dürfen nicht vergessen, wie sehr durch die jammervollen Verhältnisse in den Wohnungen die Tätigkeit gehemmt werden. Die Ärzte könnten mehr Krankenbesuche machen, wenn sie rascher von der Stelle kämen. Sie haben schon seit zwei Jahren das Recht, auf Straßenbahnwagen auch bei ärztlicher Überfüllung noch mitge-

nommen zu werden. Aber es gibt eine Grenze, über die hinaus selbst beim besten Willen kein Mensch mehr möglich ist.

Wir schlagen daher vor, alles irgendwie „ablämliche“ Pferde- und Autoverkehr für die Ärzte zu requirieren. Dieses Opfer fordern wir nicht nur von Privatpersonen, sondern auch von den vielen Behörden und Kriegesellschaften, mit denen wir gesegnet sind. Nun soll man auch mal in dem menschenleeren Studentenring, den jetzt die Ärzte führen, zu so einschneidenden Maßnahmen greifen, wie sie in dem menschenleeren Bürgerkrieg als Notwendigkeit gepollt haben. Macht Platz den Ärzten, ihr Wohlhabenden und hochmögenden Herrschaften!

Die Sicherheit der Kriegsanleihe

beruht auf dem gewaltigen deutschen Volkvermögen, den deutschen Bodenschätzen und der in den Stürmen des Krieges bewährten und gestählten Rebellensamkeit, Anpassungsfähigkeit und Sparsamkeit des deutschen Volkes.

Darum zeichnet die Kriegsanleihe!

ten, damit jeder Arzt seine Pflicht tun und Kranken rechtzeitig helfen kann! Soviel Ueberfluß an Menschen haben wir nicht mehr, daß wir eurer Bequemlichkeit noch Menschenleben opfern dürfen.

Schlamperei bei der Steuerbehörde.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Vom Februar d. J. bis 9. August war ich Soldat. Schon am 10. August erhielt ich einen Steuerzettel für das Halbjahr April-Oktober. Ich legte bei der Steuerkasse 5 M. Brangelsstraße, meinen Paß vor, und man erklärte mir, daß ein Vermerk vorliege, nachrichtl. brauche ich für die Zeit, wo ich beim Militär war, keine Steuern zahlen. Eine Woche später bekam ich einen Nachzettel. Ich wandte mich nun schriftlich an die Steuerdirektion in der Jüdenstraße, besam aber von dort keine Antwort. Statt dessen erschien ein Beamter, der erklärte, Pfändung zu müssen. Nach langem Hin und Her verstand er sich dazu, von der Pfändung Abstand zu nehmen. Nun wandte ich mich in einer Eingabe an das Finanzministerium. In einer mündlichen Verhandlung, die nun endlich in der Jüdenstraße stattfand, wurde mir erklärt, daß ich vom 1. September an Steuerpflichtig sei, die vorhergehenden Monate aber nicht. Die Steuerklasse 5 B würde benachrichtigt werden und innerhalb 8 Tagen sei die ganze Sache erledigt. Die Besprechung fand am 16. Oktober statt. Am 20. fand ich nun in meinem Briefkasten einen Zettel, auf dem der Vollziehungsbeamte mitteilte, daß er niemand angetroffen habe; wenn in drei Tagen die Steuern nicht bezahlt seien, so werde er die Wohnung, falls er niemand antreffe, gewaltsam öffnen lassen und die Pfändung vornehmen.“

Leider sieht dieser Fall nicht vereinzelt da, und es wäre endlich an der Zeit, daß die Steuerbehörde ihre Beamten energisch anweise, etwas mehr auf Ordnung zu halten. Derartige Mißgriffe und Ungehörigkeiten, die nur dazu beitragen, im Publikum Verärgerung zu erzeugen, müßten gerade in der gegenwärtigen Zeit unter allen Umständen vermieden werden.

Zur Deckung des Speisekartoffelbedarfs.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat angeordnet, daß ein Teil der bisher für Zwecke der gewerblichen Verarbeitung vorgehaltenen Kartoffeln zur Deckung des Speisekartoffelbedarfs heranzuziehen ist. Insbesondere werden die den Brennereien zum Brennen gelassenen Kartoffeln in Höhe von 25 Proz. der ursprünglich freigegebenen Mengen für diese Zwecke in Anspruch genommen. Außerdem dürfen gesunde Kartoffeln künftig nur dann versäuert werden, wenn sie kleiner als 1 Zoll, bisher 1 1/4 Zoll sind.

Anträge auf Krankenernährung sollten nicht erst am Ende, sondern schon am Beginn des Monats gestellt werden, in dem die alte Bewilligung abläuft. Verspätete Anträge können auf eine rechtzeitige Bewilligung nicht rechnen.

Kundenlisten für den Bezug von Mäucherwaren.

Vom 25. November ab werden in Berlin und Charlottenburg Mäucherwaren nur auf Grund der Eintragung in die Kundenliste abgegeben. Die Kleinhandelsgehäfte, in denen die Eintragung erfolgt, sind durch einen Zusagebittenschein gemeldet. Die Anmeldung für die Eintragung in die Kundenliste erfolgt in der Zeit vom 1. bis 6. November einschließlich, wochentags in der Zeit von 8 bis 12 und nachmittags von 3 bis 7 Uhr. Die Zurückweisung von Eintragungsberechtigten ist unzulässig. Insbesondere darf die Eintragung in die Kundenliste für Mäucherwaren von der Eintragung in eine andere Kundenliste oder der Entnahme anderer Waren nicht abhängig gemacht werden.

Geringsverkauf. In den Bezirkskommissionsbezirken 30—43, 45 bis 52, 55—57, 77—79, 83—81, 90—128, 131—132, 152—171, 173 bis 174, 176, 182, 185—194, 196—198, 202—205, 207, 209, 211—216, 218—221, 226—227, 229—230, 233, 236—23, 241, 245, gelangt vom 4. November ab für jede abgegebene Marke „M“ der Berliner Bezugskarte 1/4 Ag. Deringe oder 1/2 Ag. Deringe zur Versteigerung. Der Kleinverkaufspreis für Deringe beträgt pro 1/4 Ag. 1,30 M., für 1/2 Ag. 0,65 M.; für Erdbeeren pro 1/4 Ag. 1,25 M., für 1/2 Ag. 0,65 M. Die Versteigerung richtet sich nach der Lage des Ladens des Kleinhändlers, bei dem der einzelne keine Eintragung bewirkt hat, nicht nach der Wohnung des Veräußerers. Die Abholung muß bis zum 10. November bewirkt sein.

Streichhölzer. Bis zum 10. November können im Kleinhandel, soweit der Vorrat reicht, schwedische Streichhölzer, und zwar pro Person zwei Schachteln, zum Preise von zusammen 15 Pf. unter Vorlegung der Berliner Bezugskarte, entnommen werden. Die Verkaufsstellen werden durch Anschlag an den Säulen bekannt gegeben werden.

Der Volkswidmigkeit als Weltgefahr lautet das Thema des heute abend im Oberlichtsaal der Philharmonie stattfindenden Vortrages von Dr. Eduard Stadler. Der Redner wird aus eigenen Erfahrungen über die Zustände des Volkswidmigkeit berichten. Der Eintritt ist frei.

Von Einschränkungen im Fernverkehrsverkehr gibt eine Mitteilung der Egl. Eisenbahndirektion Halle im Angelegenheit unseres Blattes Kenntnis, auf die wir hiermit verweisen.

„Die materielle Sympie“, eine Wanderung von der Quelle bis zur Mündung, wird Oskar Welle im Rahmen der Märkischen Vorträge am 6. November im Hörsaal des Kunstgeweremuseums, Prinz-Albrecht-Straße 8, abhalten. Der Vortrag beginnt abends 8 1/2 Uhr. Karten und Verzeichnisse bei Paul Horst, Guelauer 15, der Neuen Freien Volksbühne, Lindenstr. 67/68, A. Wertheim, Konzertsaal, Leipziger Straße 126, Vöte u. Vogt, Leipziger Straße 37, der Wärdersdorffschen Buchhandlung am Zoo, Hardenbergstraße 26, der Nikolaischen Buchhandlung, Dorothienstraße 75 und an der Abendkasse.

Der Kanalarbeiter in Schönau hat sich als erdichtete erwiesen. Der Bureauangestellte Schöring der Optischen Anstalt von Goerz wollte durch Dolchstiche schwer verwundet und um 30 000 M. geraubt worden sein. Die Stiche erwiesen sich im Krankenhaus als ganz unbedeutend. An den 30 000 M., die vergraben wiedergefunden wurden, fehlten 1200 M., und gerade so viel befah Schöring noch. Als man ihm die Erdichtung des Ueberfalls auf den Kopf zusagte, legte er ein Geständnis ab. Er erklärte, daß er in Geldverlegenheit gewesen sei und deshalb die 1200 M. an sich genommen, die Vigarentische mit dem übrigen verbuddelt und sich selbst mit dem Dolch, der am nächsten Tage mit verbogener Spitze aufgefunden wurde, die Verletzungen beigebracht habe. Schöring wurde vorläufig auf freiem Fuß gelassen.

Stadtverordnetwahl.

Charlottenburg. Am 11. November finden für die dritte Wählerabteilung die diesjährigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Es muß verstanden werden, daß unter dem Eindruck der wuchtigen Ergebnisse der letzten Tage diesen Wahlen nicht etwa die notwendige Reaktion verlagert bleibt. Mit Beendigung des Krieges, dessen Abschluß wohl bereits in greifbarer Nähe gerückt ist, werden den Kommunen eine Reihe ungeheurer wichtiger Aufgaben erwachsen, an denen mitzuarbeiten insbesondere die Arbeiterklasse und deren Vertreter das allergrößte Interesse haben. Es kann deshalb nicht gleichgültig sein, welche Personen die Arbeiterklasse als ihre Vertreter ins Stadiparlament entsendet. In der Hauptsache werden die Anforderungen darauf gerichtet sein, die neuwählenden Vertreter mit einer möglichst großen Stimmenzahl in

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Richmond.

„Moritz!“ rief er ins Zimmer, „verkauf' den Rest der Baumwolle! Ich halt's nicht länger aus, und von Bucherern will ich nicht borgen.“

„Fast du große Zahlungen?“

„Ja, Teufel noch eins, ich hab' dir doch heut die Rechnungen gezeigt.“

„Die Rechnungen hab' ich gesehen, dachte aber auch, daß du Dedung hast.“

„Nichts habe ich mehr, und dazu geht alles schief. . .“

Eine Verwunderung gegen uns, oder was sonst? Wo ich auch nur um Kredit nachsuche, — überall wird er mir abgelehnt. Selbst der Starczmarek wollte Dreimonatskzette haben. Da steckt etwas dahinter. Wer kann uns schädigen wollen? Daß das eine Konkurrenzgeschichte ist, bin ich sicher. . . Unglaublich! Vierzigtausend Rubel bar reinzulegen und die Fabrik nicht fertig bauen und in Lodz keinen Kredit kriegen zu können, wo so ein Lump, so ein Pleitemacher wie der Schamerling z. B. ohne einen Groschen eine Miesensabrik baut, wo jeder Lauskerl große Geschäfte auf Kredit macht, muß ich mich um private Darlehen bemühen.“

„Such' dir doch einen Zeilhaber mit Bargeld oder viel Kredit. Du findest leicht einen.“

„Ich danke dir für den Rat. Selbst hab' ich's angefangen, dann sieht' ich's auch selbst zu Ende, oder ich gehe kaput. Einen Zeilhaber mit Geld aufnehmen, heißt so viel, als in fremde Dienste gehen, wieder in Abhängigkeit geraten, und zwar deshalb, um sich weiter zu plagen und einmal eine Schandfabrik zu gründen. Eine Fabrik und Geld muß ich haben. Schandware werde ich aber nie herstellen.“

„Falsche Rechnung. Schund wirft den größten Verdienst ab.“

„Und du, du rechnest wie ein Krämer, wie Zucker, Grünspan und alle eure Fabrikanten. Mit dem Rubel willst du einen Rubel verdienen, und zwar gleich, heute noch, und rechnest nicht damit, daß der Abnehmer nur einmal reinsaßen kann, das zweite Mal laßt er zu wo anders, und du kannst im Trocknen auf einen anderen Dummen warten.“

„Die gehen nie aus.“

„Oher als du glaubst, im Handel wenigstens. Mit der

Bedung des allgemeinen Wohlstandes steigen die Bedürfnisse. Der Bauer auf dem Land kauft für seine Frau ein Zuckersches Kopftuch, derselbe Bauer kauft aber, sobald er in die Stadt überfledet, nur noch ein Grünspanjches, und seine Kinder, wenn es auch nur Tagelöhner sind, kaufen nur noch bei Mayer. Die Mehrzahl der Käufer beginnt zu begreifen, daß die Mühseligkeit der Ware die Qualität ausmacht und nicht der niedrige Preis. Buchholz, Mayer und Rehler wissen das und machen Geschäfte mit solider Ware.“

„Ja, stimmt, aber die Millionen macht Schaja, Grünspan und tausend andere viel reicher, und so können noch zweihundert andere hoch kommen und ein großes Vermögen machen.“

„Ich zweifle eben, ob die hundert neuen Schundfabrikanten noch Zeit haben werden, Geld zu machen.“

„Ach so, deshalb willst du also die Lodzger Produktion veredeln?“

„Ich muß doch mit den Bedürfnissen der Zukunft rechnen. . .“

Eine gute, hohe Sorte kann besser gehen, ich werde sie also herstellen.“

„Ich verstehe dich sehr gut, habe aber kein großes Vertrauen zu dieser Zukunft und ziehe es vor, heute Geschäfte zu machen. Das, was du vom Steigen der Bedürfnisse der Käufer gesagt hast, mag ja wahr sein, darüber könnte man ausführlich reden und einen schönen wirtschaftlichen Artikel schreiben, schwerlich kann man aber damit eine Fabrik gründen; Millionen kannst du da nicht herausziehen.“

Beide verstummten und überlegten lange.

„Wieviel brauchst du?“

„Sonnenabends muß ich zehntausend Rubel haben.“

„Du. . . Hast du Müller vergessen! Er hat dir doch unaufgefordert ein Darlehen angeboten.“

„Ich weiß, ich weiß, daß er auf ein Wort hin mir seine ganze Kasse öffnen würde, aber. . . dieses Wort kann ich nicht aussprechen. . . Leider kann ich's nicht. . .“

„Wenn es sich um die Fabrik handelt, um die ganze Zukunft — ich würde nicht lang überlegen. . . Würde alles stehen lassen und dieses Wort aussprechen. . .“, flüsterte Moritz bedeutungsvoll.

„Ich kann es nicht. . . Wenn ich es auch wollte, ich kann nicht.“

„Und wenn du es wirst sagen müssen? . . .“

„Einswollen ist es noch nicht nötig. Sprechen wir nicht davon!“ Er schauerte.

„Du, Karl, du hast Borurteile. Das ist nicht gut für

Geschäfte. Du verstehst es schon, an verschiedene Dinge zu denken, fürchtest dich aber, sie auszuführen. Das kann dich teuer zu stehen kommen. Bei Vorurteilen muß man klugig viel Geld haben. . .“

„Glaubst du, das, was du Borurteile nennst, sind Kleider, die man jeden Augenblick wechseln kann? Das steckt einem im Blut, und deshalb ist der Kampf damit so schwer. Und auch deshalb, weil ich noch nicht ganz von der Kluglosigkeit dieser Borurteile überzeugt bin und mir manchmal denke. . . na, es ist ja gleich.“

„Das ist schlimm. Mit solchen dummen Gedanken kann man der beste Handwerker der Welt sein, es in Lodz aber schwerlich auch nur zu einem mittelmäßigen Fabrikanten bringen. Hörgst du? Vielleicht hast du Lust, zu Knoll zurückzukehren. Er nimmt dich auf. . .“ spottete Moritz, nervös an seinem Bart zupfend.

„Lag das, zu Hindereien kehrt man nicht mehr zurück.“

„Freilich nicht, aber man kann unfähig sein, sich von ihnen je loszureißen.“

Karl erwiderte nichts, blickte bloß Moritz aufmerksam in die Augen.

„Ich kann dir das Geld besorgen.“

„Leist du's mir?“

„Nein, ich werde meine Beteiligung erhöhen. Es lohnt sich nicht für mich, dir zu leihen, und auch für dich wird's so bequemer sein. Die Zahlungstermine werden dich nicht drücken. Dabei kann ich im Verhältnis zur Höhe meiner Beteiligung teilweise auch die Leitung der Fabrik übernehmen. Wozu sollst du dich überarbeiten!“ Moritz sprach langsam, fast nachlässig, und sah sich sehr aufmerksam seine Nägel an.

„Ich könnte dir Sechsmonatskzette geben.“

„Ein Darlehen verlohnt sich mir wirklich nicht. Der Umlauf des Geldes ist mir lieber. In derselben Zeit kann ich ein paarmal damit operieren. Also, willst du?“

„Gut. Morgen können wir's besprechen. Gute Nacht.“

„Gut! Nacht!“ Moritz sah sich immer noch die Nägel an, um die Freude, die ihm das Geschäft machte, nicht zu verraten. Als Karl hinausgegangen war, schloß er die Tür hinter ihm ab, schob die Vorhänge vor, öffnete einen kleinen, eingemauerten, feuerfesten Kasten, nahm ein Wachseisenwandtafel heraus, das mit Notizen und Rechnungen gefüllt war, und ein großes Paket Banknoten. Er zählte das Geld genau nach und verstaute es gleich wieder.

(Fortf. folgt.)

Aus aller Welt.

Brand in den Putzwerken. L.-U. Stockholm, 31. Oktober. Aus Petersburg wird gemeldet, daß in den Putzwerken ein großer Brand entbrannt ist. Dank einer schnellen Aktion konnte ein großer Teil der Fabrikgebäude gerettet werden. Es wurde eine Brandstiftung festgestellt.

Briefkasten der Redaktion.

R. R. 717. Wir hatten ein solches Gefühl für ausführliches, zumal Sie R. R. sind. — **Freitag 2084.** Ihre Frage ist längst im Briefkasten beantwortet. Sie sind zur Zahlung der Steuern verpflichtet, die durch die Heilbehandlung über 25 Wochen hinaus zu zahlen sind. — **R. R. 718.** Sie haben als Vater überhaupt keinen Anspruch auf das uneheliche Kind, sondern nur die Verpflichtung zur Alimentenzahlung. — **R. R. 18.** Bei der Gewährung der Reichswohlfahrt ist bereits entlassene Kriegsinvaliden in entscheidend besondere Berücksichtigung, die nach Ihren Angaben bei einem Einkommen von annähernd 80 M. wöchentlich nicht als vorhanden erachtet wird. — **R. R. 202.** I. A. 2. Soweit wir Ihre Frage entlassen können, müssen wir Sie bitten, 3. Das sind jedenfalls keine Krankeitsbezeichnungen, diese Bezeichnungen kennen wir nicht. 4. Ja. — **R. R. 101.** Verklammerungszulage würde nur gewährt, wenn Ihre Verletzung dem Beruf der Hand gleich kommen würde, das ist nicht der Fall, da die wichtigsten Glieder der Hand erhalten sind. — Auch die Höhe Ihrer Rente von 33 1/2 Proz. reicht nicht für eine so schwere Verletzung, daß Sie Verklammerungszulage beantragen können. — **R. R. 10.** Da die Erhöhung des Krankengeldes am 1. April bereits eingetreten ist, so würden Sie auch Anspruch auf die höheren Leistungen haben. Es handelt sich aber bei Ihnen um das Taschengeld, das nicht zu den Regelleistungen der Krankenversicherung gehört. Die Rente ist daher nicht verpflichtet, ein erhöhtes Taschengeld zu zahlen, selbst wenn Sie sonst das Krankengeld erhöht hat. 2. Aus den vorher angeführten Gründen ist die Krankengeldzahlung in diesem Falle nicht verpflichtet, das Taschengeld zu zahlen. — **R. R. 81.** Die Umkreisgebühr beträgt 2 M., dazu der Postlohn, so daß der Betrag 6,30 M. ausmachen würde, und die Kosten für die Hypothek würden betragen 5,80 M. — **R. R. 1.** Rein R. R. Das kommt auf die dortige Polizeiverordnung an, die wir nicht kennen. Da der Kreis der Teilnehmer an dem Vergangenen sich aber auf Nichtmitglieder des Vereins erstreckt, so müssen Sie die polizeiliche Erlaubnis zur Abhaltung des Vergangenen haben, ebenso die zum Tanz; auch dürfen Sie die Polizeistunde nicht überschreiten. — **R. R. 23.** Ja. — **R. R. 406.** Es handelt sich hierbei um keine eigentliche Lohnzahlung, sondern um einen Entgelt für Arbeitsleistung, über dessen zulässige Höhe wir nicht befinden können. Der Abzug für Kleidung ist zulässig.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde.

Wasserstand am 29. 30.		Wasserstand am 29. 30.	
Ort	cm	Ort	cm
Remel Mühl	143	Zeale Großfl.	106
Vregel Ankerburg	14	Habel Sandau	48
Reichel Lorn	—	Spree Rathenow	2
Cder Rathbor	205	Spree Spremberg	98
Stollen	117	Reichshof	204
Frankfurt	125	Deiser Ränden	176
Warthe Schrumm	0	Rhein Wenden	267
Landberg	15	Rhein Warmlau	—
Neue Borbamm	20	Gaub	163
Elbe Leitmeritz	50	Göln	168
Bredben	174	Neckar Gailbronn	35
Verbb	97	Neckar Odenau	112
Magdeburg	84	Neckar Trier	—

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Gemäßlich kühl, vorwiegend trübe und neblig, mit weit verbreiteten, im Südosten stellenweise starken, in den anderen Gegenden schwächeren Regenfällen.

die Stadtverordnetenversammlung zu entsenden. Wie bereits bei früheren Wahlen während des Krieges hat die örtliche Leitung der sozialdemokratischen Partei mit den bürgerlichen Gegnern ein Abkommen getroffen zur Wahrung des gegenseitigen Bestandes. Dieses Abkommen schließt in sich, daß die Sozialdemokratie in den Bezirken, in denen sie bis jetzt nicht vertreten war, von der Aufstellung eigener Kandidaten Abstand nimmt. Das sind der 4., 7. und 8. Bezirk. In allen übrigen Bezirken sind sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt worden, und zwar:

- Im 1. Bezirk der bisherige Stadtverordnete Genosse Gustav Tempel,
- 2. Hermann Bode,
- 3. Genosse Verbandsskaffierer Albert Schröder,
- 4. Schriftsteller Ernst Heilmann,
- 5. bisher. Stadtverordnete Genosse Simon Kahenfein.

Wenn die Sozialdemokratie entsprechend diesem Abkommen einen Wahlkampf gegen bürgerliche nicht zu führen braucht, so ist die Partei aber doch genötigt, einen Wahlkampf nach links führen zu müssen. Wenn die erhaltenen Informationen richtig sind, so hat die Unabhängige Partei in allen acht Bezirken eigene Kandidaten aufgestellt. In der bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion haben auch die Unabhängigen einige Vertreter, die zwar nicht als Unabhängige gewählt worden sind, jedoch nach der Parteiführung ins Lager der Unabhängigen abgedrungen. Diese Unabhängigen gehören bis heute noch der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion an, womit wohl am besten bewiesen ist, daß eine besondere Vertretung der Unabhängigen in der Stadtverordnetenversammlung entbehrlich ist. Wer wirklich sich im Dienste der Allgemeinheit betätigen und die kommunalen Interessen der Wählerschaft der 3. Abteilung wahrnehmen will, der findet als Stadtverordneter in der sozialdemokratischen Fraktion genügend Anlaß und auch die Möglichkeit dazu. Gerade das Stadtverordnetenparlament ist für radikale Vorfahren der allerersteninstanz. Dr. Wenn irgendwo praktische Arbeit erforderlich ist und vor allen Dingen Gegenwartarbeit, dann ist es in der Kommunalverwaltung. Aus diesem Grunde ist es auch zu verstehen, daß einer der Hauptführer der unabhängigen Bewegung, der vier Jahre als Stadtverordneter der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung angetreten, in diesen vier Jahren sage und schreibe zweimal im Ratband erschienen ist. Wo Vorfahren nicht gedroschen werden können, dort ist für Unabhängige nichts zu tun, dort lassen sie sich erst gar nicht leben. Die Kommunalwähler der 3. Abteilung haben aber ein dringendes Interesse daran, daß ihre Vertreter ihre ganze Kraft einzusetzen zur Erfüllung ihrer Pflicht. Wer also einen Stadtverordneten wählen will, der sein ihm übertragenes Amt auch ausführt, der wird am Wahltage seine Stimme einem sozialdemokratischen Kandidaten geben müssen.

Kreis Teltow. Weitere Erfassung der Kartoffeln. Die Verordnung über die Verbringung mit Kartoffeln ist vom Kreisamtschef derart ausgedehnt worden, daß den Kartoffelerzeugern von den Kartoffeln, die nicht gesund sind oder die Mindestgröße von 1 Zoll nicht erreichen, höchstens 20 Proz. statt der bisher zugelassenen 10 Proz. befreit werden. Die durch Herabsetzung der Mindestgröße und die Befreiung von 20 auf 10 Proz. frei werden den Kartoffeln werden für die Verbringung der Veräußerung des Kreises Teltow mit Kartoffeln in Anspruch genommen. Diese Mengen dürfen nur an die amtlichen Verkäufer des Kreises abgesetzt werden.

Panow. Festsetzung der Steuerzulagen. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung fand die endgültige Festsetzung der Steuerzulagen für Beamte, Lehrpersonen, Gemeindearbeiter und Kriegsdienstverweigerer statt. Bürgermeister Stawitz wies bei Verhandlung der Vorlage bedauernd darauf hin, daß es leider nicht

möglich gewesen sei, diese Angelegenheit — wie beabsichtigt — in gleicher Weise und Höhe wie in Berlin zu regeln, da eine neuerdings ergangene Verfügung der Minister des Innern und der Finanzen den Gemeinden für den Fall erheblicher Ueberforderung der staatlichen Steuerzulagenzulage Kürzung der staatlichen Zuschüsse für Kriegswohlfahrtspflege in Aussicht stellte. Eine solche Kürzung würde aber mit außerordentlichen Nachteilen für die Gemeinde Panow verbunden sein. Es werde deshalb zunächst die staatlichen Sätze bei Festsetzung der Höhe der Steuerzulagen innegehalten vorge schlagen, jedoch soll durch besonderen Antrag bei der Regierung eine 20prozentige Ueberforderung jener Sätze angestrebt werden, da eine solche wohl nicht als „erheblich“ werden gelten können. Genosse Schmidt hob noch hervor, daß das Verhalten der Herren Minister gegenüber einer so kundigen Notlage und angesichts der gegenwärtigen Zeitläufte geradezu unverständlich sei. Die Vertretung stimmte der Vorlage mit der Maßgabe der eventuellen Nachzahlung der beantragten 20prozentigen Erhöhung über die staatlichen Sätze einstimmig zu.

Mariendorf. Ausgabe von Zuden. Am 1. November werden die Abschnitte 50 und 51 der Zudenkarte eingelebt. Die Händler verabsoluten je Karte 1 1/2 Pfund, so daß die Zudenverteilung bis zum 1. Dezember erfolgt ist.

Friedrichshagen. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde die Einräumung einer Generalvormundschaft beschlossen. Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde der Gaspreis für Leuchtgas von 25 auf 28 Pf. pro Kubikmeter erhöht. Desgleichen hat das Elektrizitätswerk Cöpenitz, das für Friedrichshagen die Elektrizität liefert, eine Erhöhung der Preise vorgenommen. Eine längere Debatte zeitigte die Vorlage betr. Gewährung von Freistellen an der Königs-Friedrich-Schule. Nach dem Vorschlag des Kuratoriums können solche gewährt werden: dem jüngsten Sohne einer Familie, sofern zwei weitere Geschwister eine höhere Schule Friedrichshagens (auch Privatschule) gegen Entrichtung des vollen Schulgeldes besuchen; befähigten Gemeindefürsorgern, die auf Vorkurs des Schulleiters mit Einwilligung des gesetzlichen Vertreters in die Sexta, Quinta oder Quarta der Königs-Friedrich-Schule übernommen werden; Kriegserwartern im Falle der Bedürftigkeit, Würdigkeit und geistigen Befähigung; solchen Schülern, deren Eltern in Not geraten sind und die eine gute Befähigung für einen weiteren Besuch der Schule besitzen. In besonderen Fällen können den Schülern die Vermittelte leihweise gewährt werden. Die Höchstzahl der Freistellen darf ein Zehntel der Gesamtschülerzahl nicht übersteigen. Genosse Riele erbat, die Zahl der Freistellen zu erhöhen, um einer größeren Anzahl von Gemeindefürsorgern den Besuch des Gymnasiums zu ermöglichen. Gemeindevorsteher Dr. Stiller bemerkte, daß sich das Kuratorium nicht strikte an die vorgeschriebene Zahl halten werde. Sollten mehr befähigte Schüler an der Gemeindefürsorge vorhanden sein, so werde man diese nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Vorlage wurde nach dem Vorschlag angenommen. In der geheimen Sitzung wurde den Beamten der Verwaltung und den Lehrpersonen eine einmalige Steuerzulage nach den staatlichen Sätzen bewilligt.

Bernau. Erhebliche Einschränkung des Gasverbrauchs. Steigender Kohlenmangel zwingt die Gemeinde, die Gasabgabe einzuschränken. Von Anfang November ab dürfen nur 70 Proz. der im gleichen Monat des Jahres 1916 verbrauchten Gasmenge entnommen werden. Für jede Messtnahme wird ein Anpreis von 50 Pf. je Kubikmeter erhoben, außerdem werden die betreffenden Abnehmer von der weiteren Belieferung mit Gas ausgeschlossen. Bisher bewilligte Ausnahmen treten außer Kraft.

!! Sofort bar Geld !!

Geld + Rote

Lotterie für die Deutschen im Auslande.

Ziehung 6., 7., 8. Nov. Hauptgewinn Mark **100 000**

Kreuz-Lotterie für die Verwandten.

Ziehung 15., 16. Nov. Gesamt- u. Hauptgew. Mk. **100 000**

50 000
30 000
20 000
10 000

5 Auslands- und 5 Kreuzlose mit Porto und 2 Listen nur **33 M.**

Emil Haase & Co., Berlin 21, Bredowstr. 9

und in unseren Läden:
Königsstraße 57, Wallstraße 1, Müllerstraße 3 b, Rosenthaler Str. 71, Potsdamer Str. 23a.

Außergewöhnlich günstige Lebensversicherungen

bietet jetzt

in Verbindung mit Kriegsanleihe

die Jduna zu Halle a. S.

Für je 20 M. vierteljährlich werden 1000 M. Anleihe versichert, zahlbar bei Tod spätestens nach 12 Jahren. In letzteren Fall für Zivilpersonen noch eine Barvergütung von je 40 M., für Jugendliche 50 M. — Aufnehmbar Gesunde vom 7. bis 50. Lebensjahr. — Zulässige Summen bis 10000 M. Anleihe.

Keine ärztliche Untersuchung — Keine Wartezell. Kriegsgelahr auch für Heeresangehörige sofort eingeschlossen. Näheres durch die Direktion in Halle oder die Berliner Geschäftsstellen.

Eine glänzende Zukunft

wird allen erblühen, die die Zeichen der Zeit richtig zu deuten verstehen u. rechtzeitig ihre Vorbereitungen treffen, um teilzunehmen an dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, der die sichere Folge dieses Völkerrings sein wird. Es werden überall gebildete und leistungsfähige

1. bill. Spezialgeschäft für Uhren.

Nachts leuchtende **Militär-Ankeruhr** 17^{1/2} M.

Weiße Metallgehäuse 17,50 haben einfache, große Kontraste, sind praktisch u. gut für den Tag. Schwere u. hoher Wert. Heiligher Güter für das große Publikum gewonnen; sie sind in allen Teilen der deutschen Grenze von Kaiser Marine zur vollen Zufriedenheit im Gebrauch. Man alle sich durch Anpreisung ungewöhnlicher Sorten nicht irren lassen, solche sind heute nicht mehr im Handel aufgeführt. Wer auf eine wirklich gute Uhr achtet, auf die man sich unbedingt verlassen kann, verlange meine **Weiße Militär-Ankeruhr**. Weiße Militär-Ankeruhren sind im Handel 17,50 M., mit Goldgehäuse u. Stahlgehäuse 19,50 M. erhältlich.

E. Möbis, 14 Benthstraße 14 (Berufung nur im Laden)

Gepr. 1909.

„Skandinavia“

Alexanderplatz

Dircksenstr. 26/27, direkt am Bahnhof.

Fritz Steidl

Max Hartung, Fritzl, Frau Mischa Caltzoff, Thea Bayer, Josef Horwitz, Lyon Titon.

Jeden Sonntag Konzert unter persönlicher Leitung des Kgl. Obermusikmeisters **Max Graf.** 119L*

Uhren u. Goldwaren, mod. Schmuck, Trauringe

in reicher Auswahl zu solchen Preisen. Eigene Reparaturwerkstatt. Gewissenhafte zuverlässige Ausführung. Schneiderei u. Wäbelerung. 342L*

S. Felske, Uhrmacher, Berlin, Altes Jakobstr. 46 (a. d. Seidelstr.)

„Der Gute Ton“

von K. v. Frank. Geschenkbuch M. 5,25, Klavierschule 7,40, Violinschule 5,60, Zeichenschule 6,50, Traumbuch 2,65, Buch der Erfindungen 16,50, Nachh. L. Schwarz & Co., Verlag, Berlin O 14, Dresdener Str. 80 130/14*

Geflügel-Verkauf

Besten, Masthühner, Wachteln, Nisthühner, täglich frisch, in großer Auswahl.

Franz Grunke, Brahe 32 nahe Köpenicker Straße. 2. Geschäft: Uhlandstr. 121.

Cognac Weinbrand Cognac Verschnitt

Jamaika-Rum Wermut-Wein Oesterreicher Süßwein Portwein Malaga

Bordeaux Rot-, Rhein- und Moselweine allerfeinste Tafel-Liköre offeriert an Verbraucher 135/18

Bernhard Brauer, Weingroßhandl. Berlin SW. 68, Friedrichstr. 207. Amt Zentrum 840.

Geld-Lotterie für Deutschland im Ausland 13337 Geldgew. — Mk.

Hauptgew. **400 000**
100 000
50 000

Los M. 3,30 Porto u. Liste 50 Pf. extra. Für M. 7. — 1 Geld- u. 1+Lose; für M. 30. — 10+Lose einschl. Liste.

Rote + Lotterie 3567 Gew. — Markwert

Hauptgew. **100 000**
50 000
10 000

Los M. 3. — Porto u. Liste 50 Pf. extra. Für M. 30. — 10+Lose einschl. Liste.

H. C. Kahn's Wwe., BERLIN S. 14, Prinzenstr. 79.

Taschen-Kino

Sensation, Neuheit, Schönste Unterhalt. f. jung u. alt. Appar. m. gut. Opt. u. 50mter. essant. Filmbild. v. Kriegsch. etc. 5 M. Kassel. F. Grele, Karlsplatz 5.

Möbellabrik Rob. Seelisch

BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a empfiehlt gute preiswerte Möbel. Einrichtungen in jeder Preislage. Ganz besonders große Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern jedem Geschmack entsprechend.

154 Musterräume. Lagerräume: 6696 — Mr. groß

Versand nach allen Plätzen Deutschlands. — Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang. Wochentags von 8-7 Uhr geöffnet.

Mitarbeiter gesucht

soin. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur-Examen nachzuholen od. die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu erlangen sowie eine vortreffl. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustia“. Ausführl. 80 S. starke Broschüre kostenlos durch

Bonnes & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

50

komplette Küchen von 450 M. an.

12

kompl. Schlafzimmer von 1350 M. an, wegen Raummangel billig an Private zu verkaufen.

Möbelhalle „Osten“, Alexanderstraße 11 b.

Möbel

1 u. 2 Zimmer-Einrichtungen liefern in nur bester Ausführung gegen **Bar u. Kredit**

Köhne & Co. Turmstr. 55, I.

Leihhaus Moritzplatz 58 a.

wie Skunks, Marder, Nerz, Alaska, Blau- und Kreuzfische, Herren-Gehelze, Reise-, Wagenpeize. Große Auswahl in Herren-Sportpelzen.

Ankauf und Verkauf: Brillanten, Uhren, Ringe, silb. Taschen usw. Beleihung jeder Wertsache.

Zähne von 3 M. Teilz. wöchentl. I M. Plomben 1,50. Goldin-kronen 18 M. Zahnziehen m. Einspr. höchst an schmerzlos. Umarb. schlechtes Gebisse. Rep. Zahnarzt **Woll** sof. Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9-7*

